



Wortprotokoll

Der 143. Sitzung vom 15. Oktober 1986

Resoconto integrale

della seduta n. 143 del 15 ottobre 1986

IX. Legislatur
IX. Legislatura
1983 - 1988



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 143. SITZUNG
15.10.1986

INDICE

Disegno di legge provinciale n. 106/86: "Modifiche alla legge provinciale 17.8.1979, n. 13: Norme sull'ordinamento scolastico"

INHALTSANGABE

Landesgesetzentwurf Nr. 106/86: "Änderungen zum Landesgesetz vom 17.8.1979, Nr. 13: Bestimmungen über die Schulordnung"

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 11.00 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta é aperta.

Comunico che il ritardo dell'apertura della seduta é dovuto ad un guasto dell'azienda elettrica, per cui l'impianto di registrazione non funzionava.

Si sono giustificati per la seduta ordierna i consiglieri Benedikter, von Egen, Magnago, Meraner e Saurer.

La parola al consigliere Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme Bezug auf meine Wortmeldung von gestern abend und ersuche den Präsidenten, daß wir den Gesetzesentwurf, betreffend den Schulkalender, der in der zweiten Zusatztagesordnung enthalten ist, vorziehen. Ich darf dem Präsidenten mitteilen, daß dieses Ansuchen mit den verschiedenen Fraktionsführern abgestimmt wurde. Danke, Herr Präsident!

PRESIDENTE: La prima ora la dedichiamo sempre alle interrogazioni. Dato che stamattina abbiamo iniziato tardi per motivi tecnici, sono d'accordo con la proposta del dott. Frasnelli di trattare il disegno di legge n. 106/86.

Ha chiesto la parola il consigliere Mitolo. Ne ha facoltà.

MITOLO (MSI-DN): Non ho niente in contrario a dare inizio ai lavori con la trattazione di punti urgenti. Mi pare però che fra tutti i punti più urgenti ci dovrebbe essere quello sulle disposizioni finanziarie.

Chiedo scusa: mi dicono che é già stato fatto. Quindi sono d'accordo senz'altro di anticipare il disegno di legge n. 106/86.

PRESIDENTE: Punto 33) all'ordine del giorno: "Disegno di legge provinciale n. 106/86: **Modifiche alla legge provinciale 17.8.1979, n. 13: Norme sull'ordinamento scolastico**".

Punkt 33 der Tagesordnung: "Landesgesetzentwurf Nr. 106/86: **Änderungen zum Landesgesetz 17.8.1979, Nr. 13: Bestimmungen über die Schulordnung**".

Prego l'Assessore di dare lettura della relazione accompagnatoria.

ZELGER (Landesrat für Schule und Kultur – SVP): Dieser Gesetzentwurf wird vorgelegt, um das geltende Landesgesetz, welches den Schulkalender Südtirols regelt, an die neuen Bestimmungen, die letztthin in diesem Zusammenhang vom Parlament verabschiedet wurden, anzupassen.

Die wesentlichste Änderung besteht in der Reduzierung von 215 auf 200 effektive Unterrichtstage.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll auch die für die Mitbestimmungsgremien von den geltenden Bestimmungen vorgesehene Möglichkeit verwirklicht werden, wonach die Schulräte der Sprengel und Anstalten im freien Ermessen zwei schulfreie Tage festlegen können; dies unter Berücksichtigung besonderer ortsbedingter Erfordernisse oder Gegebenheiten.

Il presente disegno di legge viene presentato al fine di adeguare la normativa provinciale esistente sul calendario scolastico a quella approvata recentemente in materia dal Parlamento.

La modifica sostanziale riguarda la riduzione da 215 a 200 delle giornate effettive che devono essere riservate per lo svolgimento delle lezioni.

Con la presente legge si intende inoltre dare concreta attuazione a quanto già previsto dalla normativa provinciale sugli Organi collegiali, nel senso che i consigli di circolo e di istituto possono fissare autonomamente 2 giorni di vacanza, in relazione a particolari esigenze o ricorrenze locali.

VORSITZ DER VIZEPRÄSIDENTIN:

WALTRAUD GEBERT-DEEG

PRESIDENZA DELLA VICEPRESIDENTE:

PRÄSIDENTIN: Das Wort hat Abg. Frasnelli zur Verlesung des Berichtes der ersten Gesetzgebungskommission.

FRASNELLI (SVP): Die erste Gesetzgebungskommission ist am 26. September und am 1. Oktober 1986 in Anwesenheit der Landesräte Dr. Remo Ferretti und Dr. Anton Zelger sowie des Beamten Dr. Josef Morin zusammengetreten, um den obgenannten Gesetzentwurf zu behandeln.

Landesrat Dr. Zelger legte der Kommission die wichtigsten Aspekte des Gesetzentwurfes dar und erklärte, daß dessen Behandlung auch aufgrund der primären Gesetzgebungsbefugnis, die die Autonome Provinz Bozen in diesem Sachbereich innehat, eher dringend ist. Tatsächlich hat es sich als nötig erwiesen, das Landesgesetz über den Schulkalender der am 9. August von der Regierung verabschiedeten Regelung anzugleichen. Nach den neuen vom Staat erlassenen Bestimmungen beginnt das Schuljahr am 1. September und endet am 31. August des darauffolgenden Jahres. Die Reifeprüfungen können eventuell innerhalb des Monats Juli abgeschlossen sein. Die effektiven Unterrichtstage werden von 215 auf 200 herabgesetzt. Das Schuljahr wird in zwei oder drei Abschnitte eingeteilt, wobei die Landesregierung nach Einholen des Gutachtens des Landesschulrates Beginn und Ende des Unterrichts festlegt. Die

Schulräte der Sprengel oder Anstalten können eine Unterbrechung von zwei Unterrichtstagen innerhalb eines Schuljahres beschließen. Der Landesrat teilte mit, daß sowohl die Schulausflüge an unterrichtsfreien Tagen als auch die Lehrausflüge an Unterrichtstagen im Schulkalender einzuplanen sind.

In der Generaldebatte sprachen sich die Abgeordneten grundsätzlich für den vorliegenden Gesetzentwurf aus. Sie äußerten allerdings Bedenken bezüglich der Reduzierung der effektiven Unterrichtstage, wobei sie die Autonomie unseres Landes geltend machten, die eine bessere Abwicklung des Schulbetriebes ermöglichen soll. An den Vorsitzenden Dr. Pahl gewandt, wies Abg. Mitolo darauf hin, daß sich diese Gesetzgebungskommission anlässlich einer kürzlichen Diskussion über die Gestaltung der Kommissionstätigkeit verpflichtet hatte, an bestimmten Ereignissen, wie dem Schulbeginn, teilzunehmen oder Gespräche mit den Schulamtsleitern festzulegen, um in den verschiedenen Bereichen aktiv mitzuwirken. All dies sei nicht geschehen, weshalb er die Kommission zur Verwirklichung dieser Vorsätze aufforderte. Weiters wurde erklärt, daß der Zeitraum zwischen dem 1. September und dem tatsächlichen Unterrichtsbeginn bisher nicht fruchtbringend genutzt wurde, was bei den Lehrern Unzufriedenheit hervorgerufen hat. Daher ersuchten die Kommissionsmitglieder die zuständigen Landesräte, sich dafür einzusetzen, daß diese Zeit ernsthaft für Fortbildungslehrgänge für Lehrer genutzt wird.

In seiner Erwiderung erklärte Landesrat Dr. Zelger, daß er der Kritik seitens der Kommissionsmitglieder zustimme. Er vertrat jedoch die Meinung, daß eine Anhebung der Unterrichtstage eine Art Revolution bei den Lehrern auslösen würde, da es sich um Staatsbedienstete handle. Er erklärte, daß der Landesschulrat keine Beschlüsse fassen kann, sondern sich darauf beschränkt, der Landesregierung Vorschläge zu unterbreiten, die diese genehmigt oder entsprechend abändert. Das Dekret über die Schulausflüge legt fest, daß die Entfernung im allgemeinen 300 km nicht überschreiten darf. Je nach Schulstufe gibt es jedoch Unterschiede: bei den Grundschulen muß der Schulausflug im Raum Südtirol erfolgen; bei den Mittelschulen kann er sich auf den Raum Trentino oder Tirol ausdehnen, während für die Oberschulen eine Höchstentfernung von 300 km festgelegt ist.

Der Übergang zur Sachdebatte wurde einstimmig genehmigt.

Art. 1: Die Landesräte Zelger und Ferretti brachten folgende Abänderungsanträge ein:

1. "Absatz 1 von Art. 1 soll durch folgenden Wortlaut ersetzt werden: 'In der Pflichtschule, der Oberschule und den Kunstlehranstalten beginnt das Schuljahr jeweils am 1. September und endet am 31. August des darauffolgenden Jahres'".
2. "Absatz 7 von Art. 1 soll gestrichen werden".
3. "Im 5. Absatz von Art. 1 werden nach den Worten 'Gutachten des Landesschulrates' die Wörter 'sowie eines gemeinsamen Gutachtens des Hauptschulamtsleiters und der Schulamtsleiter' eingefügt".

Bei der Abstimmung über die Änderungsanträge wurden folgende Ergebnisse erzielt: der erste Änderungsantrag wurde einstimmig, der zweite Änderungsantrag stimmenmehrheitlich bei 1 Enthaltung und der dritte Änderungsan-

trag stimmenmehrheitlich bei 2 Enthaltungen genehmigt. Der so abgeänderte Art. 1 wurde mit 3 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

Der Art. 2 wurde mit 3 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung gutgeheißen.

Anläßlich der Erklärungen zur Stimmabgabe ergriffen die Abgeordneten Dr. Klotz und Dr. Pahl das Wort. Abg. Klotz erklärte, daß sie für den Gesetzentwurf stimmen werde, jedoch bezüglich des Änderungsantrages zum 5. Absatz des Art. 1 Bedenken hege. Sie behielt sich jedenfalls vor, im Plenum ihren Standpunkt zu ändern. Dr. Pahl hingegen wies darauf hin, daß er die durch die Abänderung des 5. Absatzes des Art. 1 vorgesehene Bestimmung für überflüssig halte, da die Schulamtsleiter im Landesschulrat vertreten sind, wo sie die Möglichkeit haben, ihre Standpunkte zu äußern und zu begründen, auch wenn er sich im klaren sei, daß es dort nicht immer leicht ist, eine Mehrheit zu erlangen. Er kündigte jedoch an, daß er für den Gesetzentwurf stimmen werde.

Der Gesetzentwurf in seiner Gesamtheit wurde mit 3 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

La prima Commissione legislativa si è riunita nei giorni 26 settembre e 1 ottobre 1986, alla presenza degli assessori provinciali dott. Remo Ferretti e dott. Anton Zelger e del funzionario dott. Josef Morin, per trattare il succitato disegno di legge.

L'assessore dott. Zelger ha illustrato alla Commissione gli aspetti salienti del disegno di legge in esame, spiegando che la sua trattazione risulta essere piuttosto urgente anche in virtù della primaria competenza della Provincia Autonoma di Bolzano in questo settore. Infatti si è reso necessario adeguare la normativa provinciale sul calendario scolastico a quella approvata dal Governo lo scorso 9 agosto. Le nuove norme emanate dallo Stato fissano l'inizio dell'anno scolastico al 1 settembre e il termine al 31 agosto dell'anno successivo. Nel mese di luglio è prevista l'eventuale conclusione degli esami di maturità. I giorni effettivi assegnati allo svolgimento delle lezioni vengono ridotti da 215 a 200. L'anno scolastico viene suddiviso in due o tre periodi; l'inizio e il termine dell'attività didattica viene stabilito dalla Giunta provinciale, sentito il parere del Consiglio scolastico provinciale. Inoltre è prevista la facoltà dei Consigli di circolo o di istituto di deliberare l'interruzione per 2 giornate nel corso dell'anno scolastico. L'assessore rende noto che sia le gite scolastiche, da effettuare in giornate extrascolastiche, sia le escursioni a scopo istruttivo, da effettuare in giornate scolastiche, devono essere programmate con il calendario scolastico.

In sede di discussione generale i consiglieri hanno espresso fondamentalmente parere favorevole al presente disegno di legge. Hanno tuttavia espresso delle riserve relative alla riduzione dei giorni effettivi assegnati allo svolgimento delle lezioni e a questo proposito hanno rivendicato l'autonomia della nostra Provincia al fine di un migliore andamento generale della scuola. Rivolgendosi al Presidente dott. Pahl, il cons. Mitolo ha ricordato che questa Commissione legislativa si era assunta l'impegno, in oc-

casione della recente discussione sullo svolgimento dei lavori in Commissione, di partecipare a determinati avvenimenti, quali l'inizio dell'anno scolastico, o a stabilire contatti con gli intendenti scolastici, al fine di rendersi parte attiva nei settori di competenza. Tutto ciò non si è verificato e pertanto egli ha sollecitato la Commissione all'adempimento di questi propositi. Inoltre è stato osservato che il periodo che intercorre dal 1 settembre fino all'inizio effettivo delle lezioni non è stato finora sfruttato positivamente, fatto che ha creato un malcontento da parte degli insegnanti. Pertanto i consiglieri hanno chiesto l'impegno degli assessori competenti per un impegno serio di tale periodo, da riservare a corsi di aggiornamento per gli insegnanti.

Nella sua replica l'assessore dott. Zelger ha dichiarato di condividere le critiche dei membri della Commissione, tuttavia era dell'avviso che se i giorni assegnati allo svolgimento delle lezioni venissero aumentati si incorrerebbe in una sorta di rivoluzione da parte degli insegnanti, in quanto dipendenti statali. Egli ha spiegato che il Consiglio scolastico provinciale non ha facoltà di deliberare, ma si limita ad inoltrare delle proposte alla Giunta provinciale, la quale le approva, oppure attua delle modifiche. Il decreto sulle gite scolastiche stabilisce che distanza massima di 300 chilometri. Sussistono tuttavia delle differenziazioni a seconda dei vari livelli scolastici: per le scuole elementari la gita scolastica deve essere organizzata nell'ambito dell'Alto Adige; per le scuole medie inferiori essa può svolgersi fino nel Trentino o nel Tirolo, mentre per le scuole medie superiori è prefissata la distanza massima di 300 chilometri.

Il passaggio alla discussione articolata è stato approvato all'unanimità.

Art. 1: gli assessori Zelger e Ferretti hanno presentato i seguenti emendamenti all'articolo in esame:

1. "Il 1° comma dell'art. 1 è sostituito con il seguente testo: "Nella scuola dell'obbligo e negli istituti di istruzione secondaria superiore ed artistica l'anno scolastico ha inizio il 1° settembre e termina il 31 agosto dell'anno successivo".
2. "Il 7° comma dell'art. 1 viene stralciato".
3. "Nel 5° comma dell'art. 1, dopo le parole "parere del Consiglio scolastico provinciale" vengono inserite le parole "nonchè quello congiunto del Sovrintendente e degli intendenti scolastici".

La votazione degli emendamenti ha dato il seguente esito: il primo emendamento è stato approvato all'unanimità, il secondo emendamento è stato approvato a maggioranza con 1 astensione, il terzo emendamento è stato approvato a maggioranza con 2 astensioni. L'art. 1 così emendato è stato approvato con 3 voti favorevoli e 1 astensione.

L'art. 2 è stato approvato con 3 voti favorevoli e 1 astensione.

In sede di dichiarazione di voto sono intervenuti i consiglieri dott. Klotz e dott. Pahl. La cons. Klotz ha detto di voler votare a favore del disegno di legge, di nutrire tuttavia delle riserve nei confronti dell'emendamento al 5° comma dell'art. 1. Ella si è riservata in ogni caso di assumere

un atteggiamento diverso in seduta plenaria. Il Presidente dott. Pahl ha detto invece di giudicare superflua la norma prevista con l'emendamento al 5° comma dell'art. 1, visto che gli intendenti scolastici sono presenti nel Consiglio scolastico provinciale dove hanno possibilità di esprimere e di motivare le loro posizioni anche se si rende conto che non sempre è facile avere in quella sede una maggioranza per le proprie posizioni. Egli ha tuttavia preannunciato di votare a favore del disegno di legge.

Nel suo complesso il disegno di legge è stato approvato con 3 voti favorevoli e 1 astensione.

PRÄSIDENTIN: Die Generaldebatte ist eröffnet. Wer meldet sich zu Wort? Abg. Langer.

LANGER (AS): Geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Mit diesem Landesgesetzentwurf, der sehr kurz gehalten ist und Landesrat Zelger hat in Erinnerung gerufen, daß er nicht den materiellen Schulkalender betrifft, sondern nur den Rahmen dazu festsetzt, werden Unvernünftigkeiten der staatlichen Regelung mit übernommen. Ich bin mir zwar bewußt, daß wir wahrscheinlich keine andere Wahl haben, aber ich glaube, wir sollten zumindest die Gelegenheit nicht verpassen, darauf hinzuweisen und zumindest unsere Stimme dagegen erheben. Wir sind der Meinung, daß gleich mehrere Unvernünftigkeiten hier enthalten sind.

Ich beginne bei der ersten: Die Reduzierung des Schuljahres von 215 auf 200 Schultage ist in unseren Augen, so wie sie derzeit konzipiert ist, auch vom Staat her, nichts anderes als eine kleine Bankrotterklärung des Schulwesens. Man sagt, daß die Schüler bis jetzt zwei Wochen Unterricht im Jahr zu viel genossen haben; damit wird ein Teil von dem, was man in den letzten Jahren neu eingeführt hat, vor rund zehn Jahren, seit die Schule nicht mehr am 1. Oktober beginnt, sondern schon im September, wieder rückgängig gemacht, es wird zugegeben, daß die Schule bzw. die in der Schule verbrachten Tage im großen und ganzen für die Schüler mehr oder weniger unnütz sind und gar eine Belastung darstellen und somit wird ein Teil dieser Belastung weggenommen. Es mag durchaus sein, daß die derzeit in der Schule totgesessene Zeit tatsächlich unnütz versessen ist, aber dann sollte man unseres Erachtens anderswo beginnen zu reformieren und nicht einfach den Schülern einen Teil dieser vom Staat selber als unnütz deklarierten Übung erlassen, sondern sich fragen, wie man diese Zeit sinnvoller nutzen könnte. Wir können uns sehr wohl vorstellen, daß die zwei Wochen, die man plötzlich dem sogenannten Frontalunterricht wegnimmt, beispielsweise dadurch gefüllt werden, daß man sinnvolle Tätigkeiten mit den Schülern gemeinsam durchführt, die eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis vorsehen, beispielsweise Besichtigungen und Ausflüge, und damit meine ich nicht vor allem touristische Ausflüge weiß Gott in welche ferne Länder, sondern beispielsweise Lehrausflüge und Besuche, die durchaus im Lande selber durchgeführt werden könnten. Z.B. ist es doch irgendwie verwunderlich, daß die meisten Schüler heutzutage im Unterricht

gewiß nicht mitkriegen, woher die Milch kommt, woher das Wasser kommt, woher das Gas kommt, wo der Müll endet, wie es mit der Landwirtschaft aussieht, wie eine Fabrik aussieht usw. D.h. wir könnten uns sehr wohl vorstellen, daß die zwei Wochen, die man dem vielleicht oft wirklich geisttötenden Frontalunterricht wegnimmt, daß man die in sinnvoller Weise anderswo verwenden könnte. Hier wird aber nichts anderes getan als daß die staatliche Regelung mit übernommen wird und dieser Rabatt aufs Schuljahr gegeben wird, der im großen und ganzen vor allem im Interesse der Fremdenverkehrs- und Beherbergungsindustrie verfügt worden ist. Das ist unleugbar, daß auf Staatsebene diese Reduzierung vor allem ein Geschenk an die Hotellerie ist, ein Geschenk an den Fremdenverkehr. Noch dazu, so wie diese Ferien gestaltet werden, kann man sie schwerlich als Geschenk beispielsweise an die Landwirtschaft für Erntearbeiten verstehen, sondern sie sind wirklich vor allem ein Geschenk an die Hotellerie.

Eine zweite Unvernünftigkeit, die damit übernommen wird...

MITOLO (MSI-DN): Dipende anche dalla raccolta delle mele!

LANGER (AS): Dipende dal periodo, perché le mele...

MITOLO (MSI-DN): E' importante anche quello!

LANGER (AS): Ja, man müßte per Gesetz festlegen, daß die Äpfel schon im September zu ernten sind, dann könnte es vielleicht für die landwirtschaftlichen Tätigkeiten auch noch ein Vorteil sein.

Wir sind nicht dafür, daß man generell die in der Schule versessene Zeit quasi im Akkord bewertet und sagt, wenn jemand viele Schulstunden auf der Schulbank zugebracht hat wird er gescheiter oder gelehrter, aber auch nicht als einzige Maßnahme diese zu treffen bzw. vorläufig als einzige, von der es dann sehr schwer sein wird herunterzukommen, denn Landesrat Zelger hat in der Kommission zu Recht darauf hingewiesen, daß später eine andere Regelung auch den Lehrern gegenüber sehr schwer durchzusetzen sein wird. Deswegen wird dieser Rabatt des Schuljahres kaum mehr reversibel sein und es wird kaum möglich sein, diese Zeit anderswie sinnvoll zu nutzen.

Die zweite Unvernünftigkeit, die damit übernommen wird, ist die Tatsache, daß das Schuljahr zwar am 31. August zu Ende geht, daß aber dann noch ein Rattenschwanz von Nachprüfungen bleibt. In unseren Augen ist es eine totale Unvernunft, daß die Nachprüfungen, solange man sie erhalten will, die noch zu verflissenen Schuljahr gehören, nun außerhalb dieses Schuljahres abgewickelt werden müssen. Versetzen wir uns in die Lage der meisten Schulen, die einen Teil ihres Lehrkörpers durch Versetzungen verlieren. Bestimmt, bei uns im Lande ist es nicht so einschneidend wie anderswo im Staatsgebiet, aber jede Schule wird am 1. September einen Teil ihrer Lehrer verlieren, weil die inzwischen durch Versetzung zu einer anderen Schule gehören. Diese aber bereits versetzten Lehrer

müssen noch die Nachprüfung an ihrer ehemaligen Anstalt ablegen, d.h. sie müssen sozusagen nachsitzen, während sie inzwischen eigentlich schon anderswo zu sein hätten, wo auch normalerweise schon die Konferenzen beginnen. Die Tatsache, daß ein Teil des Lehrpersonals, das inzwischen schon zu einer anderen Schule gehört, noch bei der alten Schule die Nachprüfungen zu absolvieren hat, wird ganz sicher zu vielen Schwierigkeiten führen, die zum Teil in diesem Schuljahr schon feststellbar waren, einfach weil manche Lehrer, die unter Umständen in eine andere Stadt versetzt worden sind, wenn sich das bei uns auch normalerweise in den Grenzen des Landes abspielt, aber manche Lehrer inzwischen vielleicht damit beschäftigt sind, sich eine Wohnung zu suchen, sich in der neuen Schule umzuschauen, sich in der neuen Stadt oder am neuen Ort einzuquartieren und jedenfalls inzwischen schon an den Konferenzen der neuen Schule teilnehmen sollten, denn wenn das Schuljahr am 1. September beginnt, dann müßte damit klargestellt sein, daß kein Rest mehr vom vorigen Schuljahr zu bewältigen ist. Das scheint uns eine zweite grobe Unstimmigkeit in diesem Gesetz.

Eine dritte Unstimmigkeit in diesem Gesetz betrifft die Tätigkeit des Lehrpersonals in der Zeit, die durch diesen Rabatt unterrichtsfrei geworden ist. Man verlangt vom Lehrpersonal, daß die tote Zeit im September mit unterrichtsergänzenden oder unterrichtsvorbereitenden Tätigkeiten ausgefüllt werde, mit Fortbildung, mit Konferenzen, mit Absprachen über die Programmierung des Schuljahres, Tätigkeitsprogrammierung usw. In Wirklichkeit ist es für die Lehrer in den allermeisten Fällen erwiesenermaßen - das hat sich auch in dem jetzt begonnenen Schuljahr schon gezeigt - eine frustrierende Tätigkeit, die kaum wirklich ernstgenommen werden kann, unter anderem auch deswegen, weil die Schulämter nicht immer imstande sind, das entsprechende Lehrpersonal schon zugewiesen zu haben. D.h. es beginnt eine Programmierungstätigkeit. Im Laufe der Zeit sieht man neue Leute ankommen, bzw. andere, die vielleicht gedacht haben sie würden dort unterrichten, verschwinden dann. D.h., ernsthaft ist eine gemeinschaftliche Vorbereitungstätigkeit kaum denkbar, es wird im Grunde zu einer eher demütigenden Präsenzpflicht für die Lehrer, die stempeln gehen müssen, die beweisen müssen, daß sie in der Zeit nicht mehr im Urlaub sind und sie müssen sich dadurch dem Steuerzahler und der Schulverwaltung gegenüber als nützliche Schulbankhocker erweisen. Zugleich wird damit den Lehrern aber nicht ein tatsächlich weiterbildendes Angebot gemacht. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß in dieser Zeit die Lehrer auch sinnvoll arbeiten, aber dazu müßte der Lehrkörper schon konstituiert sein, und zwar einigermaßen verlässlich, und müßte die Programmierungstätigkeit für das Schuljahr konkret möglich sein, was aber in den allermeisten Fällen nicht so ist. Somit schaut es so aus, als wollte man dem Lehrpersonal, dem man auf anderen Gebieten nicht entgegenkommen will oder kann, beispielsweise in puncto Besoldung, beispielsweise in puncto Status der Lehrer, daß man ihnen statt dessen ein kleines Ergänzungspaket an halbfreien Tagen nachwirft, aber daß man damit weder die Lehrer befriedigen

kann, noch umgekehrt den Schulbetrieb spürbar verbessern kann. Im Gegenteil, wir haben den Eindruck, daß damit nur eine Verschlechterung stattfinden wird.

Abschließend kommen wir noch zur Frage der Ausflüge. Die Frage der Ausflüge wird in diesem Landesgesetzentwurf nicht ausdrücklich geregelt, sie wurde aber im Begleitbericht der Kommission angesprochen. Ich erlaube mir dazu eine persönliche Bemerkung, auch weil es dazu in den letzten Monaten mehrmals in der Presse Polemiken gegeben hat. Ich persönlich finde es vernünftig, daß die Schulausflüge vor allem die Nähe berücksichtigen und nicht die Ferne, und zwar die Nähe unabhängig von staatlichen oder Verwaltungsgrenzen. Ich fände es eine gute Sache, wenn die Schulausflüge in unserem Lande grundsätzlich die abgestufte Nähe ins Auge fassen würden, daß man nicht dieses Wettrennen der letzten Jahre weiterführt, wo man die Grenzen des Wachstums längst erreicht und überschritten hat und wo es am Schluß nur mehr eine reine Rekordausflüglerei geworden ist, wo die Schulklassen den größten Ball organisieren müssen, um möglichst viel Geld einnehmen zu müssen, sich den hochrangigsten Ehrenschatz aussuchen müssen, um möglichst viel Geld in ihre Kassen fließen zu lassen und dann weiß Gott wohin fahren, sozusagen vom Flugzeug aufwärts, um ihre Ausflüge zu machen. Eine solche Entwicklung scheint mir nicht sinnvoll und ich persönlich finde es deswegen vernünftig, daß man die Nähe gegenüber der Ferne privilegiert und würde mir auch wünschen, daß die Ausflüge tatsächlich Ausflüge werden, die sowohl einen gemeinschaftsstiftenden Sinn innerhalb der Schulklassen haben, als auch dem echten Kennenlernen dienen. Ich wurde gerade an einen atypischen Schulausflug nach Brasilien erinnert, der von Kollegen aus diesem Hause gemacht wurde; genau dieses Beispiel, möchten wir, daß es in den Schulen möglichst nicht befolgt wird. Was soll man sonst zu diesem Gesetzentwurf...

KASERER (SVP): (Unterbricht)

LANGER (AS): Nicht als Schulausflug, Herr Kollege Kaserer, obwohl dort sicher viel zu lernen wäre.

Ich finde also, daß mit diesem Gesetzentwurf unser Land tatsächlich eine Regelung übernimmt, die für uns keinen erkennbaren Vorteil, weder pädagogischer noch didaktischer Natur, mit sich bringt und eine Reform oder eine quasi Reform es schwieriger machen wird, mit dem verbleibenden Rest an Schulzeit vernünftig umzugehen. Insbesondere, wenn tatsächlich damit die Tendenz gefördert werden sollte, wie es auf gesamtstaatlicher Ebene stattfindet, daß der dann verbleibende Rest, also die 200 Schultage von da ab sozusagen im Akkord ausgenützt werden, d.h. Ausflüge nicht dazugehören, als ob die weniger lehrreich wären als der Frontalunterricht, daß von da ab z.B. Schülerversammlungen und ähnliches nur mehr als Zeitverschwendung gelten wird und man sagt, wir haben nur die 200 Schultage, wir müssen die sozusagen im Akkordverfahren bis zur Neige nutzen. Unserer Meinung nach ist die Hetze, die mit diesem Gesetzentwurf ins Schuljahr

eingeführt wird, die in verkürzter Zeit sich vornimmt genau dasselbe trotzdem zu schaffen, kein gutes Omen für das jetzt beginnende oder schon begonnene und der darauffolgenden Schuljahre. Es wird damit die Schule, das gesamte Schulwesen mit allen seinen Stufen unter den Druck der Eile, unter den Druck der geforderten Leistungen und unter den Druck gesetzt, nur im traditionellsten Frontalunterricht das Programm trotzdem abzuwickeln. Von daher können wir uns mit diesem Gesetzentwurf nicht anfreunden, so sehr wir wissen, daß ihn nicht die Landesregierung allein zu verantworten hat oder die Landesregierung ihr Schulreformkonzept entwickelt hat. Deswegen werden Sie verstehen, daß wir uns für diesen Gesetzentwurf nicht begeistern können. Danke!

KASERER (SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wir befassen uns mit einem Gesetzentwurf, der neue Bestimmungen über die Schulordnung und vor allem die Reduzierung der Stunden bzw. der Schultage von 215 auf 200 vorsieht. Der Staat hat das getan. Es ist bis heute noch nicht genau erklärt worden, welches die eigentlichen Gründe waren. Aber wahrscheinlich haben wir keine große Wahl etwas zu ändern und infolgedessen werden wir uns in dieser Hinsicht anpassen müssen. Wie der Landesrat bereits gesagt hat, bildet dieses Gesetz die Voraussetzung für die Erstellung des Schulkalenders und deshalb ist auch die Dringlichkeit dieses Gesetzentwurfes absolut gegeben. Es ist anzuerkennen, daß alle Kollegen dafür Verständnis gezeigt haben und sich nicht der Vorziehung dieses Gesetzentwurfes widersetzt haben.

In diesem Gesetzentwurf wird im Absatz 5 festgelegt, daß der Landesausschuß den Prüfungskalender aufgrund eines Gutachtens des Landesschulrates festlegt. Nun möchte ich klar feststellen, daß der Landesschulrat nur einen Vorschlag zu erarbeiten hat, und der Landesausschuß das beschließende Gremium ist. Darüber besteht kein Zweifel. Aber es war eine Brüskierung des Landesschulrates, so wie heuer der Schulbeginn festgelegt worden ist. So geht es nicht. Wenn ein so großes Gremium, das aus Vertretern aus dem ganzen Lande besteht und noch dazu nicht nur Schulleute vertreten sind, sondern auch Vertreter der Talgemeinschaften, der Wirtschaft und der Sozialverbände, sich auf einen Schulbeginn geeinigt hat, meines Erachtens auf einen vernünftigen Termin, und dann der Landesausschuß hergeht und einfach die Vorschläge des Landesschulrates unbegründet ändert. Wenn eine absolute Notwendigkeit bestünde, wäre der Beschluß des Landesausschusses gerechtfertigt, aber so wie es heuer war bin ich der Meinung, daß das nicht richtig war. Ich verstehe deshalb den Unmut der Mitglieder des Landesschulrates und teile auch die Meinung dieses Landesschulrates. Der Vorschlag, die Schule am 15. September beginnen zu lassen - das war ein Montag - war vernünftig. Wir müssen auch daran denken, daß viele Schüler außerhalb des Elternhauses wohnen müssen. Deshalb wäre es günstig gewesen, die Schüler am Sonntag in die jeweiligen Schulorte oder Heime zu bringen. Das wäre für alle Beschäftigten, ob selbständig oder nicht selbständig, günstig gewesen. Es ist richtig, daß dies

meistens in Begleitung der Eltern geschieht, damit sie auch sehen, wo ihre Sprößlinge untergebracht sind. Daß man den Schulbeginn auf die Mitte der Woche gelegt hat, auf einen Donnerstag, war sicher sehr ungeschickt. Man hätte bereits eine ganze Woche gearbeitet und so hat man erst am Donnerstag begonnen. Somit ist der Protest des Landesschulrates gerechtfertigt, und es sollte nicht mehr vorkommen, daß man vernünftige Vorschläge des Landesschulrates so desavouiert. Ich möchte noch hinzufügen. Ich glaube nicht, daß es darauf ankommt, daß die Kinder in diesen drei Tagen noch sehr viel daheim in der Landwirtschaft arbeiten könnten. Auf das dürfte es nicht ankommen. Letztlich muß es unser Hauptanliegen sein, den Kindern eine möglichst gute Schulausbildung angedeihen zu lassen. Es ist nicht notwendig, daß man in diesem Ausmaß auf die Arbeit Rücksicht nimmt. Wer den Willen zur Arbeit hat, der hat in den ganzen drei Monaten vorher die Möglichkeit gehabt, und es kommt sicher nicht mehr auf diese zwei, drei Tage an.

Ein besonderes Problem bilden die Unterrichtsunterbrechungen. Ich finde es richtig, daß man zu Weihnachten den Dreikönigstag mit einschließt, daß also die Schule erst nach Dreikönig beginnt, daß man zwischen Weihnachten und Ostern eine weitere Unterbrechung ermöglicht. Ich weiß, daß die Meinungen darüber auseinandergehen. Für jene, die in der Stadt wohnen, ist es sehr günstig, die auf dem Lande wohnen, interessiert dies vielleicht nicht so sehr. Auch die Kinder auf dem Lande haben eine Unterbrechung notwendig. Wichtig ist auch, daß wir damit ermöglichen, daß beispielsweise auch der Allerseelentag als freier Schultag eingeführt wird. Jetzt wird der Allerseelentag bei uns kirchlich gefeiert, ist aber ein Schultag. Das möchte man bei der Erstellung des Schulkalenders berücksichtigen. Gut finde ich auch, daß man es der jeweiligen Direktion anheimstellt, auch zwei weitere verfügbare Tage einzufügen, wo man es für notwendig erachtet, den Unterricht zu unterbrechen.

Grundsätzlich ist zu sagen, daß dieser Schulkalender rechtzeitig zu erarbeiten ist, daß man sich nicht erst gegen Ende des Schuljahres oder dann, wenn die Zeit sozusagen reif ist für die Erstellung des Schulkalenders, sondern daß man ihn schon erstellt, wenn genügend Zeit zur Beratung besteht, vielleicht auch in Absprache mit verschiedenen Verbänden, damit die auch die Möglichkeit besitzen, ihre Meinung dem Landesschulrat oder einer Abordnung des Landesschulrates darzulegen.

Was die Schulausflüge betrifft finde ich die vorgesehene Regelung sehr gut, denn wir mußten feststellen, daß die Ausflüge effektiv ausgearbeitet sind; jene Klasse, die den weitesten Ausflug gemacht hat, glaubte, sie würde den schönsten Ausflug haben usw. Wir müssen doch darauf Rücksicht nehmen, daß nicht allen Eltern die Möglichkeit geboten ist, ihren Kindern entsprechend viel Geld zu geben. Es ist betrüblich, wenn verschiedene Kinder aus finanziellen Gründen diese Ausflüge nicht mitmachen können. Ich weiß aber auch, daß auch wohlhabende Eltern gegen so große Ausflüge sind. Es ist richtig, daß unsere Kinder in erster Linie die eigene Umgebung kennenlernen. Es hat sich immer wieder herausgestellt,

daß Ausflüge, die nicht zu weit führen, auch für die Kinder die interessantesten waren und nicht diejenigen, bei denen man stundenweise mit dem Bus fährt. Das wollte ich im Zusammenhang mit der Verabschiedung dieses Gesetzes sagen und ersuche nochmals, die Erstellung des Schulkalenders möglichst frühzeitig zu beginnen. Die Mitglieder des Landesausschusses ersuche ich, in Zukunft der Meinung und den Beschlüssen des Landesschulrates mehr Rechnung zu tragen als dies gerade letzthin, aber auch bei früheren Gelegenheiten, der Fall war. Danke!

ACHMÜLLER (SVP): Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte vorweg um Verständnis, daß auch ich etwas in den Chor der Kritiker in bezug auf dieses Gesetz mit einstimme, und zwar nicht so sehr was den Inhalt dieses Gesetzes betrifft, vielmehr was die Vorgangsweise des Landesausschusses in bezug auf die Festsetzung des Unterrichtsbeginnes betrifft. Die Nachricht, daß in Rom die Schultage von 215 auf 200 reduziert worden sind, kam ziemlich überraschend für uns alle am Beginn dieses Sommers, die Sommerferien waren bereits angebrochen. Welches der eigentliche Grund dafür war ist für mich noch nicht ganz klar geworden, die Schüler und die Lehrer haben sich sicherlich darüber gefreut, aber ob dadurch eine bessere Abwicklung der Unterrichtstätigkeit oder des Schulbetriebes bewirkt werden kann, oder ob dadurch ein größerer Lernerfolg gewährleistet werden kann, ist fraglich, wenngleich die Zeit zwischen dem 1. September und dem 15. Dezember in Zukunft - zumindest ist das auch die Absicht gewesen - fruchtbringend für die Vorbereitung und Fortbildung der Lehrer genutzt werden kann und ich wünsche mir, daß dies auch geschieht, wenn es in diesem Schuljahr auch noch sehr amateurhaft gemacht worden ist. Insgesamt wissen wir, daß es um die Fortbildung unserer Lehrer noch nicht am besten bestellt ist und man erhofft sich, daß es nun doch bald zur Verabschiedung des Gesetzesentwurfes, welcher die Errichtung des pädagogischen Institutes vorsieht, kommt und auch dieses Problem in Angriff genommen werden kann bzw. eine bessere Fortbildung der Lehrer gewährleistet werden kann.

Ich bin mir bewußt, daß das Gesetz, welches hier zur Diskussion steht, nur die Grundlage dafür ist bzw. den Rahmen festsetzt, innerhalb welchem der Schulkalender festgelegt werden muß. Aber ich möchte in diesem Zusammenhang, wie ich es schon anfangs angedeutet habe, nochmals zurückkommen - und Vorredner haben es auch schon getan - auf die Vorgangsweise des Landesausschusses bezüglich der Festsetzung des Schulbeginnes in diesem Schuljahr, weil das für Aufregung und eine gewisse Unruhe, vor allem unter der Lehrerschaft, gesorgt hat. Ich bin mir zwar bewußt, daß es dem Landesausschuß vorbehalten war, die endgültige Entscheidung zu treffen, aber es stellt sich die Frage der Opportunität, ob es wirklich notwendig gewesen wäre so vorzugehen. Wir wissen, der Schulrat hat damals mit überwältigender Mehrheit beschlossen, den Unterrichtsbeginn für Montag, den 15. September, festzulegen und wir wissen alle, wie der Landeschulrat zusammengesetzt ist. Es ist ein repräsentatives Gremium aller

Bevölkerungsgruppen, die mit der Schule zu tun haben, wenngleich die Lehrerschaft stärker vertreten ist als die Eltern, aber immerhin sind auch die Eltern vertreten, und in diesem Gremium gab es ein ziemlich einstimmiges Votum für den 15. September; der Landesausschuß hat dann nach langer Diskussion den 18. September, also Mitte der Woche, festgelegt. Wie man hört, soll es darauf zurückzuführen sein, weil der Bauernbund etwas anderes gewünscht hätte bzw. einen späteren Unterrichtsbeginn gewünscht hätte. Es fragt sich, ob das überhaupt eine richtige Entscheidung ist oder gewesen wäre, mit dem Unterricht später als dem 15. September zu beginnen, denn ich bin der Meinung, daß wir nicht zurückkehren sollten auf den früheren Schulkalender, also möglichst lange Sommerferien und den übrigen Unterrichtsbetrieb möglichst zusammengedrängt und nicht aufgelockert durch irgendwelche andere Ferien. Ich halte das eine System, welches in den nördlichen Ländern Europas praktiziert wird, für das bessere, daß auch zwischendurch eine Verschnaufpause gegönnt wird, und zwar den Schülern, aber auch den Lehrern, die auch sehr stark unter Druck sind und in Anspruch genommen werden und ich möchte besonders für diejenigen eine Lanze brechen, die in der Stadt wohnen. Man muß bedenken, daß die Kinder oft regelrecht in die Mauern ihrer Wohnungen und der Klassenräume hineingehütet werden müssen und daß es für die außerhalb des Schulbetriebes und außerhalb der eigenen Wohnung kaum Möglichkeiten gibt sich zu bewegen, sich zu entfalten, wie es etwa auf dem Lande ist und deswegen finde ich es gut, daß gerade zwischen Weihnachten und Ostern, wo die Zeit vielleicht am längsten dauert, auch noch eine Möglichkeit ist zu unterbrechen und eine Pause einzulegen, also die Semesterferien, wie es bereits in vergangenen Jahren gewesen ist; das letzte Jahr ist so gut wie nichts mehr übriggeblieben, aber Gott sei Dank wird in Zukunft aufgrund der Reduzierung der Schultage das wieder möglich sein.

Es ist hier also um drei Tage gegangen und das hat wirklich zu einer bestimmten Mißstimmung unter der Lehrerschaft geführt, man fühlte sich irgendwie brüskiert, es hat dann auch zu Protesten geführt, es wurden Pressekonferenzen abgehalten und es wurde auch auf der letzten Sitzung des Landesschulrates dieser Protest nochmals kundgetan und man ließ aus Protest die Sitzung platzen. Warum? Vielleicht nicht etwa, weil es die Lehrerschaft auf diese drei Tage darauf ankommen lassen müßte, aber unter der Lehrerschaft besteht der Eindruck, wenn der Landesschulrat als Gremium ohnehin nicht sehr viel Kompetenzen und Zuständigkeiten hat und wenn auch in Vergangenheit nicht allzu viel von dem was der Schulrat ausgearbeitet hat in die Tat umgesetzt hat werden können, man auch hier wieder einen Standpunkt daraus gemacht hat, der Schulrat darf nicht recht haben, es muß anders sein als der Schulrat beschlossen hat, seien es auch nur diese drei Tage. Ich glaube, daß die Reaktion der Lehrer verständlich ist und in dem Sinn müßte sich die Landesregierung wirklich überlegen, ob es sich ausgezahlt hat, wegen dieses geringfügigen Problems einen Standpunkt daraus zu machen, umso mehr als auch der zuständige Landesrat sich für die Lösung, wie sie der Landesschulrat vorgeschlagen hatte, ausgesprochen

hat und man auch den zuständigen Landesrat mit in die Minderheit versetzt hat. Ich persönlich möchte diese Vorgangsweise bedauern und würde mir erwarten, daß auch der zuständige Landesrat in seiner Replik vielleicht noch näher eingehen könnte, was nun die effektiven Gründe dafür gewesen sind, wenn meine Vermutungen unvollständig sein sollten, welche ausschlaggebend gewesen sind, diese Entscheidung zu treffen.

Im übrigen finde ich einige positive Aspekte im Gesetz drin, z.B. der über die Ausflüge, wie schon vom Abgeordneten Kaserer erwähnt. Auch ich finde es positiv, wenn man hier den Radius etwas eingegrenzt hat, denn es soll nicht so sein, daß sich die Schulklassen gegenseitig übertreffen und Millionenbeträge ausgeworfen werden müssen für Fahrten, die weiß Gott wo hingehen. Ich finde es gut, daß man an das Land Tirol gedacht hat, es wird damit auch ein Beitrag geliefert für die Überwindung der Grenzen in kultureller Hinsicht, in geistiger Hinsicht, aber ich finde es auch gut, daß man das Trentino mit einbezogen hat; auch das Trentino gehörte schließlich zum alten Tirol und vielleicht wird auch diesbezüglich ein Beitrag geleistet, heute bestehende Vorurteile zu überwinden, daß man bereits als junge Leute Gelegenheit hat, unsere Nachbarn im Trentino besser kennenzulernen und dies dürfte sich doch letztlich auch positiv im Sinne einer besseren Zusammenarbeit zwischen den beiden Provinzen auswirken.

Nicht ganz verstanden habe ich den Vorschlag bzw. den Änderungsantrag, der seitens der Landesräte eingebracht worden ist, daß in Zukunft auch ein Gutachten der beiden Schulamtsleiter angefordert wird und hier habe ich meine persönlichen Bedenken, weil das auch wieder ein Schritt in die Richtung ist, den Landesschulrat weiter zu entmachten. Die beiden Schulamtsleiter sind auch im Landesschulrat und deswegen, glaube ich, haben sie die Möglichkeit, auch dort ihre Meinung kundzutun, und letztlich entscheidet sowieso die Landesregierung. Ich glaube, deshalb würde ich mich persönlich gegen eine solche Maßnahme aussprechen, es sei denn, daß die Landesräte gewichtige Argumente dafür haben und ich erwarte mir in der Replik auch eine entsprechende Begründung dafür.

KLOTZ (WDH): Im Grunde genommen ist dieser Gesetzentwurf ein klarer Beweis dafür, daß Südtirol keine eigene Schulautonomie hat. Bereits in der Kommission habe ich anlässlich der ersten Prüfung dieses Vorschlages festgehalten, daß ich diese Tatsache sehr bedaure, vor allem die Tatsache, daß Südtirol nicht die Möglichkeit hat, so wie beispielsweise die verschiedenen Länder der Bundesrepublik Deutschland, einen wirklich eigenständigen Kalender zu erarbeiten mit unterschiedlichen Beginnzeiten des Unterrichts und auch unterschiedlichem Beginn der Ferien; so hat z.B. das Land Bayern einen ganz anderen Schulkalender als beispielsweise das Land Schleswig-Holstein. Das würde ich als eine viel geeignetere Lösung erachten, nämlich insofern, als sie den Bedürfnissen unseres Landes besser Rechnung tragen könnte. Wir haben sicherlich andere Bedürfnisse, was die Zeitplanung anbelangt, als die Regionen im Süden Italiens, beispiels-

weise Sizilien oder Kalabrien. Hier ist der Rahmen, was eigentlich das Wichtige ist, vom Staat ganz klar vorgegeben, und nur innerhalb dieses Rahmens hat unser Land die Möglichkeit, das eine und andere noch eigenständig zu gestalten. Es ist hier diesem Rahmengesetz des Staates Rechnung getragen, nämlich, daß die Schule am 1. September zu beginnen hat und am 30. Juni abgeschlossen sein muß. Diese Tatsache hat beispielsweise gerade heuer zu viel Mißstimmung und Mißmut unter der Lehrerschaft geführt. Es mag wohl sein, daß es hier auch Anlaufschwierigkeiten gegeben hat und daß sowohl der Landesausschuß, als auch der Schulrat, als auch die Schulumtsleiter ein wenig überrannt worden sind von diesen neuen Bestimmungen, daß vielleicht auch nicht genügend Vorbereitungszeit bestanden hat, um diese Zeit zwischen dem Ende der Nachprüfungen, also 9./10. September, und dem 18. September auch sinnvoll auszufüllen, so daß es zu keinem Leerlauf führen sollte. Aber es hat heuer zu vielen Leerläufen geführt und gerade daraufhin hat es Mißmut gegeben, weil verschiedene Direktoren die entsprechenden Verordnungen zu genau genommen haben und teilweise die Lehrer verpflichtet haben, jeden Tag in der Schule zu erscheinen. Dadurch kam es zu einer Art Scheintätigkeit in den Schulen. Die Lehrer wußten eigentlich nicht so genau was anfangen, denn das eigentliche Programm, wie bereits in der Kommission erwähnt, kann man doch erst erstellen, wenn man Bescheid weiß über die Klassensituation, zumindest aber, daß man Bescheid darüber weiß, welche Klassen man wird übernehmen müssen. Das ist aber in der Zeit vom 9. September bis zum effektiven Beginn des Unterrichts meistens noch nicht der Fall, daß man so genauen Aufschluß darüber hat. Also bedauerlich, daß es diesbezüglich keine echte Autonomie gibt, daß also das Land Südtirol nicht festsetzen kann, wir wollen die Nachprüfungen bis zum 9. September abgeschlossen haben, das zählen wir noch zum alten Schuljahr, wir lassen dann den Lehrern einige Tage noch zur persönlichen Verfügung, so daß sie eventuell verschiedene Umstellungen noch vornehmen können, daß sie beispielsweise einen Wohnungswechsel vollziehen können, einen Umzug durchführen können, daß man verschiedene Tage der Vorbereitung in der Schule vorsehen könnte und dann den effektiven Beginn des Unterrichts festsetzt. Heute ist der 1. September ganz klar festgeschrieben.

Des weiteren hat es dann auch Schwierigkeiten gegeben wegen der Präsenzpflicht der Lehrer. Das war aber schon aus den Stellungnahmen der Vorredner zu entnehmen, darauf brauche ich nicht mehr eigens einzugehen, daß die Lehrer sich beklagt haben, sie müßten nun im Grunde genommen in der Schule Präsenzpflicht ableisten, ohne daß eine konkrete Leistung erbracht wird. Die Gefahr des Leerlaufs war heuer bestimmt gegeben. Die zuständigen Landesräte haben zwar gesagt oder sich verpflichtet, insofern es in ihrer Macht steht, dafür Sorge zu tragen, daß es in den kommenden Jahren solche Mißstimmungen nicht mehr geben sollte oder zumindest die Gründe dafür, sondern daß man eine sinnvolle Fortbildungstätigkeit organisieren würde.

Ich habe mich in der Kommission bereits verwundert gezeigt, daß der Hauptschulamtsleiter in unserem Land der italienische Schulamtsleiter ist, denn dem Mehrheitsprinzip entsprechend müßte eigentlich der deutsche Schulamtsleiter Hauptschulamtsleiter sein, weil er ja viel mehr Lehrer und auch viel mehr Schüler vertritt, aber ich bin aufgeklärt worden über den Unterschied zwischen Hauptschulamtsleiter und einfachem Schulamtsleiter, daß der mehr oder weniger nur Papierkompetenzen hat, also nicht so sehr Aufsichtsperson über die anderen beiden Schulamtsleiter ist, auf dem Papier halt. Aber wenn hier beispielsweise festgehalten wird, daß das ein gemeinsames Gutachten sein muß, welches nicht vom Hauptschulamtsleiter ausschlaggebend beeinflußt werden kann, dann heißt das, daß er halt dem Namen nach Hauptschulamtsleiter ist, vielleicht schlägt sich das auch in seinem Gehalt nieder, mag sein, daß es sich finanziell auswirkt, aber ich bin der Meinung, dem Mehrheitsprinzip entsprechend müßte der deutsche Schulamtsleiter der Hauptschulamtsleiter in diesem Lande sein.

Ich habe mich in der Kommission der Stimme enthalten bezüglich der Abänderungsanträge, nämlich daß neben dem Gutachten des Landesschulrates auch die Schulamtsleiter ein gemeinsames Gutachten erstellen sollten. Nun wird das nicht so sehr ins Gewicht fallen, was die tatsächliche Entscheidung betrifft, sondern es wird ein zusätzliches Gutachten sein. Die Mehrheitsverhältnisse sind ohnehin so, daß der Landesschulrat mehr Mitglieder hat als dieses Komitee, als diese Dreiergruppe der Schulamtsleiter. Jedoch wird es wohl so sein, darüber bitte ich noch um Aufschluß, daß dem Gutachten der Schulamtsleiter vielleicht doch gleich viel Gewicht beigegeben wird wie dem Gutachten des gesamten Landesschulrates. Vielleicht habe ich es nur vergessen, vielleicht ist das in der Kommission bereits erörtert worden; aber ich möchte noch einmal um Auskunft darüber bitten, wie die Wichtigkeit gelagert ist, ob die Gutachten gleich bewertet werden oder ob dann letztendlich doch das Gutachten des Landesschulrates mehr ins Gewicht fällt. Ich werde mir dann noch vorbehalten, in der Stimmabgabeerklärung meine endgültige Entscheidung bekanntzugeben.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): Noi abbiamo fortemente criticato a livello nazionale la riduzione dell'orario scolastico previsto dal ministro Falcucci, un ministro che si è rivelato dall'inizio del suo mandato sicuramente credo come uno dei più pericolosi che la scuola abbia avuto dal dopoguerra in poi. Il nostro giudizio sull'operato del ministro Falcucci è sicuramente negativo.

Se è vero che la qualità della scuola e dell'insegnamento e dell'apprendimento non dipendono solo dalla quantità, cioè non dipendono solo dal numero di ore trascorse a scuola, è vero anche che la semplice riduzione dell'orario scolastico non è giustificata né giustificabile sotto alcun profilo, visto che parallelamente a questo provvedimento di riduzione del monte ore scolastico non viene emanato un provvedimento che serva a qualificare la scuola. In sostanza non ci scandalizzeremmo se accanto alla riduzione dell'orario scolastico fosse previsto anche un se-

rio, articolato provvedimento che vada nella direzione di qualificare la scuola. Siccome questo non é avvenuto, siccome c'è semplicemente il provvedimento di riduzione a sé stante, non accompagnato da un provvedimento di qualificazione seria della scuola, diciamo davvero che il provvedimento così com'è non é giustificabile, non é serio.

Queste cose le abbiamo dette in campo nazionale e le diciamo anche qui nella nostra provincia. Oltre tutto, il solo fatto che qui da noi in ogni grado di scuola sia di lingua italiana che di lingua tedesca é previsto anche l'insegnamento della seconda lingua, che ha e deve avere sempre più un peso fondamentale all'interno della scuola, questo provvedimento a maggior ragione appare problematico, che non può non farci riflettere.

Vi é poi un altro problema sollevato anche in Commissione, anche se le argomentazioni che ho espresso in quella sede non trovano minima citazione nel verbale. Il Presidente Pahl dovrebbe provvedere, ma non ascolta nemmeno, ha altro da fare e non gli interessa se nel verbale le cose che un commissario ha detto non compaiono nella maniera più assoluta. E infatti continua a chiacchierare tranquillamente.

Il problema comunque che avevo sollevato in Commissione e che sollevo anche qui é questo, consigliere Pahl: il periodo che intercorre fra il 1. settembre, che é l'inizio burocratico formale dell'attività didattica, e l'inizio effettivo delle lezioni é lasciato alla più completa anarchia - mi dispiace usare questo termine per una collocazione così negativa - e questi giorni si sono rivelati, nella stragrande maggioranza dei casi, una vera e propria inutilità. Basta vedere del resto cosa é successo quest'anno nelle scuole della nostra provincia. La maggioranza delle scuole, infatti, sia di lingua italiana che di lingua tedesca, ha utilizzato gli insegnanti in questo periodo intercorso fra il 1. e il 18 settembre in un modo assurdo. Il tutto si é risolto in una ridicola presenza burocratica degli insegnanti a scuola, i quali sono andati alle 8 di mattina, hanno testimoniato la loro presenza e poi se ne sono tranquillamente ritornati a casa, perché non avevano altro da fare; non era stato programmato come utilizzare in modo proficuo questo periodo.

Io non credo che questo periodo possa essere utilizzato per la programmazione dell'attività didattica, non é possibile, perché anche altri consiglieri hanno fatto rilevare che gli insegnanti il 1. settembre non sanno ancora quale sarà l'organico di insegnanti che effettivamente insegnerà poi in quella scuola, per cui non é possibile che un gruppo di insegnanti, che non corrisponde al gruppo di insegnanti che effettivamente insegnerà in questa scuola, lavori per la programmazione scolastica dell'anno che deve iniziare. L'unica utilizzazione seria, a mio avviso, di questo periodo sarebbe costituita dall'aggiornamento e dalla qualificazione degli insegnanti. Si potrebbero organizzare corsi di riqualificazione e aggiornamento degli insegnanti in questo periodo. Sarebbe un'utilizzazione proficua e seria di questo periodo che intercorre fra l'inizio normale dell'anno scolastico e l'inizio reale, effettivo.

In effetti perché qualificazione ed aggiornamento non si fanno? Perché nella nostra provincia non è stato ancora istituito l'istituto di ricerca, sperimentazione e aggiornamento educativo degli insegnanti. E noi siamo una delle province che in questo settore è in un ritardo vergognoso rispetto a tutte le altre regioni del nostro Paese. Senza questo istituto non è possibile realizzare un concreto aggiornamento degli insegnanti. Noi siamo senza questo istituto che è fondamentale per l'aggiornamento e la qualificazione degli insegnanti e quindi per la qualificazione della scuola. Poi su questo argomento tornerò più tardi.

Altro argomento: questo disegno di legge a mio avviso non tiene conto della necessità di dare un giusto e corretto peso agli organismi collegiali della scuola a partire dal Consiglio scolastico provinciale. Del resto, il fatto che in Commissione ci sia stato presentato un emendamento in cui si dice che accanto al parere del Consiglio scolastico provinciale vi deve essere un parere congiunto del Sovrintendente e degli intendenti scolastici dimostra che in fondo vi è una sottovalutazione o comunque si vuol ridurre il peso del Consiglio scolastico provinciale. Per quale motivo deve essere previsto il parere congiunto del Consiglio scolastico provinciale con quello del Sovrintendente e degli intendenti quando questi fanno già parte del Consiglio scolastico provinciale? Questo lo ha detto anche il consigliere Achmüller e altri.

Il disegno di legge va nella direzione di ridurre ancora di più il peso e l'importanza che deve avere il Consiglio scolastico provinciale come organismo collegiale di direzione della scuola. Questa politica, questa logica di intervento della Provincia non è nuova. Abbiamo assistito e assistiamo da anni ad una forte conflittualità fra Giunta provinciale, quindi organismo politico, e Consiglio scolastico provinciale, quindi organismo collegiale di direzione della scuola, che si è rivelata in molte occasioni. Se vi fosse la sensibilità e l'intelligenza necessaria da parte politica non vi sarebbe a mio avviso la necessità di codificare per legge il fatto che debba esistere un rapporto proficuo fra organismi politici esecutivi ed organismi di direzione collegiale della scuola. Ma siccome questa sensibilità è palesemente contraddetta nella prassi quotidiana, allora sí che vi è la necessità anche per legge di stabilire che questa conflittualità va diminuita il più possibile, che vi deve essere un rapporto proficuo tra organismi collegiali della scuola e organismi politici esecutivi, Giunta provinciale insomma.

E' per questo che penso che anche nella stesura della legge vada tenuto conto di questo. Ripeto, non ce ne sarebbe assolutamente bisogno se ci fosse una prassi di rispetto delle decisioni, dei pareri del Consiglio scolastico provinciale da parte della Giunta provinciale. Le cose invece vanno in un'altra direzione. Faccio alcuni esempi che mi sembrano importanti. Recentemente vi è stata una delibera della Giunta provinciale che regola le gite scolastiche, di tipo educativo, le tre uscite previste dal nostro ordinamento scolastico. E anche su questo punto vi è stato un parere critico del Consiglio scolastico provinciale. In Commis-

sione ho chiesto all'assessore Zelger se quella delibera era stata presa in conformità con il parere del Consiglio scolastico provinciale e l'Assessore con molta competenza e pazienza mi ha detto che non é stato cosí, che anche in occasione di questa delibera il parere del Consiglio scolastico provinciale si differenziava da quello preso dalla Giunta provinciale. Voi direte che la questione delle gite scolastiche non é cosí importante...

FERRETTI (DC): Sarà il caso che incominciamo a pensare cosa é la democrazia.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): Perché?

FERRETTI (DC): Provi a pensarci, Lei che é un politico!

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): Non é questo, assessore Ferretti. Non dico che ci debba essere un potere politico della Giunta provinciale completamente subalterno agli organismi collegiali della scuola, non dico questo, però dico che non ci deve essere sempre una Giunta provinciale che prende delle decisioni in contrasto con gli organismi collegiali della scuola, perché questa é la realtà, questo si rivela nella pratica e nei fatti. Io non propongo un rapporto non democratico fra Giunta provinciale e Consiglio scolastico provinciale, propongo che vi sia un rapporto proficuo, che vi sia la sensibilità da parte della Giunta provinciale di tenere in considerazione il piú possibile quelli che sono i pareri espressi da questo organismo. Non credo che di questo organismo facciano parte persone che esprimono dei pareri cosí insensati che la Giunta provinciale debba sempre correggerli in meglio. Non propongo nessuna prassi non democratica, propongo invece una prassi che veda un confronto serio e produttivo fra Giunta provinciale e Consiglio scolastico provinciale.

Un altro esempio di conflittualità si é rivelato sulla questione che ho citato prima, cioè sull'istituzione dell'istituto di ricerca, sperimentazione e aggiornamento educativo. Questa é una questione grossa, perché sono anni e anni che la provincia di Bolzano, il mondo della scuola, attende l'istituzione dell'istituto, attende il varo di questa legge che noi ancora non abbiamo. Non possiamo parlare di qualificazione della scuola, di aggiornamento degli insegnanti se poi manca uno strumento cosí importante per l'aggiornamento e la qualificazione della scuola. Sono state espresse dure critiche da parte del Consiglio scolastico provinciale in merito al ritardo della Provincia in questo settore, ma sono state espresse anche delle critiche nel merito della bozza che prevede l'istituzione di questo istituto. Allora chiedo agli Assessori competenti: innanzitutto si vuole tenere conto dei pareri espressi? Perché la Giunta provinciale non riesce a produrre un disegno di legge in materia che tenga conto di questo parere di maggioranza del Consiglio scolastico provinciale? Perché preferisce invece dilazionare sine die, non si sa fino a

quando, l'istituzione di questo istituto? Credo che debba essere presa una decisione. Mi rendo conto che ci sono opinioni differenziate, lo so benissimo; mi rendo conto che ci sono diversi modelli di istituto pedagogico a cui guardano questi o quelli, però la cosa peggiore di fronte alle difficoltà è non fare niente, è arenarsi, rimanere fermi, bloccati, perché in questo modo la Giunta provinciale è bloccata, gli Assessorati anche e la scuola rimane priva di un organismo importante. Questa è la peggiore cosa di fronte ad opinioni differenti, cioè non riuscire dopo anni e anni; è una vergogna che noi siamo privi di tutto.

Un altro esempio di conflittualità - ne abbiamo parlato anche in quest'aula - è costituito dalla delibera della Giunta provinciale presa in merito alla costosissima ricerca sugli handicappati. Vi ricordate che di questo ne abbiamo parlato e abbiamo anche sollevato il fatto che anche in quell'occasione il Consiglio scolastico provinciale ha formulato critiche e proposte precise. E qual è stato il risultato? Non se ne è tenuto conto, la ricerca ha proceduto secondo metodi contestati, criticati dalla maggioranza del Consiglio scolastico provinciale e da un ampio numero di associazioni ed operatori che operano e nel campo della scuola e nel campo più ampio dell'handicap e il risultato pratico e reale è che la ricerca procede tra mille difficoltà. Del resto era stato fatto presente dagli operatori della scuola che una ricerca fatta in un certo modo poi avrebbe incontrato difficoltà pratiche di attuazione.

Concludo questo mio intervento in sede di discussione generale dicendo che non potremo dare parere favorevole a questa leggina, che sembra una leggina di pochissima importanza, che si limita a recepire quella che è una direttiva emanata a livello nazionale, ma in effetti dietro ci stanno i problemi che ho cercato di evidenziare, che sono sul tappeto e che sono importanti per la nostra provincia.

GEBERT-DEEG (Vizepräsident - SVP): Ich hatte mich zu diesem Zeitpunkt zu einer kurzen Stellungnahme gemeldet und nachdem der Präsident nicht da ist, erlaube ich mir sie vorzubringen. Vor allen Dingen möchte ich der Frau Barbiero sagen, daß es mir neu ist, daß die Frau Minister Falcucci im Alleingang einen neuen Schulkalender festlegt; das war doch eine Entscheidung der Regierung, wenn ich das richtig verstehe und dort wird eine Mehrheit sein und sie wird einen Vorschlag bringen.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): (Interrompe)

GEBERT-DEEG (Vizepräsident - SVP): Zweitens möchte ich nicht eingehen auf die 15 Tage, ich habe mich gefreut, daß die Schultage so geworden sind, ich werde es dann auch begründen, aber ich finde den Vorgang des Staates eigentlich etwas rücksichtslos gegenüber der Schule, weil ich kann nicht zwei Monate vorher einen Schulkalender Tausenden von Lehrern, Zehntausenden von Kindern und den daranhängenden Familien diese Maßnahme einfach vorlegen. Ein Schulkalender gehört langfristig geplant, damit

sich alle orientieren und einarbeiten können, auch weil Kinder und Familien Recht auf Planung der Freizeit haben. Deswegen bin ich dankbar, daß Landesrat Zelger gedrängt hat, daß das schnell gemacht wird, damit unser Schulkalender - der sowieso schon spät kommt, aber wir wissen warum - jetzt gleich geplant werden kann und ich hoffe, so wie Vorredner schon gesagt haben, nächstes Jahr wirklich rechtzeitig geplant wird. Ich bin auch froh, daß es einige Unterbrechungen gibt. Wir alle wissen, daß wir Leistungsdruck halten, aber nur eine bestimmte Zeit. Wir brauchen Entspannung, und manchmal nicht nur einen Tag. Das gilt auch für das Kind. Die Schule ist nicht nur eine reine Bewährungsanstalt, sie ist auch nicht ausgestattet mit einem Nürnberger Trichter, sie arbeitet mit Kindern und Jugendlichen und das Kind und der Jugendliche sind der Zentralpunkt der Schule und der Lehrer ist der, der die Schule trägt und ich möchte sagen, Gott sei Dank haben wir zum Großteil verantwortungsbewußte und gute Lehrer. Ich habe nur gute Erfahrungen gemacht, wenn ich mit der Schule über ein Kind zu tun hatte, und dieses Kind kann Leistung erbringen, aber nach einer gewissen Leistungsanforderung braucht es die Zeit der Erholung und anderer Erlebnisse. Ich glaube, das können uns heute Ärzte, Pädagogen, aber auch Eltern, die mit den Kindern leben, sagen.

Sie haben in den letzten zwei Tagen in den Zeitungen sicher Kurzberichte gelesen, anlässlich der Prämierung durch einen Nobelpreis, es ist die Nobelpreisträgerin Frau Rita Levi Montalcini, und ich habe auch heute einen Artikel gelesen von der Ministerin Rita Süßmund, die darauf ausgeht und sagt, unsere Zukunft hat nur eine Chance, wenn wir nicht nur die Vernunft und die Intelligenz zu fördern vermögen, sondern den ganzen Menschen, auch dort wo er Freiheit selbst gestalten muß und wo er erlebnisbereit für das Umfeld und nicht nur vom Wissen her gebraucht wird. Ich möchte Sie daher ersuchen, Herr Landesrat, daß Sie gerade diesen Leistungsrhythmen, denen Kinder und Jugendliche unterworfen sind, Rechnung tragen und daß wir diese Unterbrechungen so wie bisher weiterführen. Ich bin auch dankbar, daß wir dem Jahreskreis alter gewohnter Traditionen Rechnung tragen können wie Weihnachten und Ostern, wir leben auch von Festen die wir genießen können, Freude ist ein Träger unserer Kräfte und auch das Kind muß Gelegenheit haben Freude zu erleben und nicht, wie vorher jemand gesagt hat, nur Leistungstiger sein. Ich freue mich also, daß diese Dimension der Berücksichtigung der Möglichkeit der Abstimmung zwischen Schule und Familie, zwischen Kind, Arbeit und Freizeit mit diesem Gesetz mehr möglich ist als bisher und möchte das auch ganz offen unterstreichen.

Ich darf Sie noch bitten, Herr Landesrat, zu erläutern, ich habe das nicht verstanden und auch nicht gefunden, wenn der Absatz 7 gestrichen wird, so wie in der Kommission vorgeschlagen, ob dann die zwei Tage, die die Schulen festlegen können, auch weg sind? Mir hat das auch sehr gut gefallen, damit man den örtlichen Verhältnissen besser Rechnung tragen kann. Abschließend also, das Kind muß in der Entscheidung das gewichtigste Wort zu sagen haben, auch wenn es nicht selbst sprechen kann, aber

sowohl Lehrer als auch Eltern werden wohl doch dem Kind Rechnung tragen.
Das Wort hat Abg. Pahl.

PAHL (SVP): Frau Vizepräsident! Es ist ja nichts Neues, daß italienische Verfügungen nicht immer zeitgerecht eintreffen; einmal lassen sich die Römer Zeit mit den Reformen, Jahr um Jahr, und dann plötzlich kommen die Überraschungen und das überraschendste an den römischen Überraschungen ist, daß sie gelegentlich gar nicht so dumm sind, nur selten zeitgerecht. Aber es wäre jetzt müßig sich darüber weiter aufzuregen, es geht hier um ein konkretes Gesetz. Die Herabsetzung der Schultage auf 200 finde ich als römische Idee ausnahmsweise nicht schlecht, denn wir stehen im europäischen Durchschnitt noch immer recht gut da, wenn man bedenkt, daß die Südtiroler die Eigenschaft haben, italienische Gesetze beim Wort zu nehmen, so werden aus den 200 Schultagen tatsächlich 200 und nicht etwa, wie vielleicht in einigen Gegenden Italiens, weniger als 200.

Was den Protest des Landesschulrates anbelangt so wäre es politisch durchaus opportun, in den allgemeinen Chor der Verurteilung der Landesregierung einzufallen und sie als undemokratisch zu bezeichnen und dergleichen. Ich tue es nicht, denn der Landesschulrat hat per Gesetz nichts anderes zu tun als einen Vorschlag zu unterbreiten und Vorschläge sind ihrer Natur nach zwar eine Empfehlung, sie sprechen einen Wunsch aus, aber eine Vorschrift können sie nicht bilden. Darum ist der Protest an die Landesregierung hinterher insofern falsch und unangebracht, als sie nur ein Recht aus einem geltenden Gesetz, das dieser Landtag verabschiedet hat, angewendet hat. Wennschon sollte man zeitgerecht bei der Ausarbeitung eines Gesetzes dagegen sein und man hätte ruhig festlegen können, daß der Landesschulrat darüber entscheidet. Dagegen wäre vielleicht nichts einzuwenden gewesen, jedenfalls nicht rechtlich, aber mit einem geltenden Gesetz, das angewendet wird, hinterher der Landesregierung einen Vorwurf zu machen, finde ich einfach für eine eigenartige Rechtsauffassung. Unabhängig davon...

LANGER (AS): (Unterbricht)

PAHL (SVP): Genosse Langer, Sie können jetzt das Maul halten, jetzt rede ich!

Unabhängig davon, ob man persönlich der Meinung ist, daß der 15. September besser oder schlechter ist als der 18., der 20. oder 25. September, die Landesregierung hat hier einfach ihre Befugnis wahrgenommen und nichts anderes. Wenn künftig ein zweites Gutachten angefordert wird - im Art. 5 ist es vorgesehen -, so finde ich das persönlich richtig. Dem eigentlichen Hintergrund, warum ein zweites Gutachten der Schulamtsleiter angefordert wird, zusätzlich zum Gutachten des Landesschulrates, liegt hier eine ganz konkrete Erfahrung zugrunde. Es mag wiederum politisch nicht opportun sein das zu sagen, aber nachdem ich mich um politische Opportunitäten nicht sonderlich kümmern sage ich es. Der Landesschulrat ist

als Institution an sich grundsätzlich eine wichtige und gute Einrichtung, aber es ist kein Geheimnis, wenn man erwähnt, daß im Landesschulrat deshalb nicht in jedem Falle die Vernunft den Ton angibt, weil ein paar linke Demagogen aus Lehrerkreisen es verstehen, den Landesschulrat politisch zu dominieren. Aus diesem Grunde...

ABGEORDNETE: (Unterbrechen - interrompono)

PAHL (SVP): Genossen Demokraten, Ihre Meinung habe ich im Augenblick nicht nötig! Haben Sie fertig? Danke!

Weil eben dem so ist kommt es immer wieder zu unnützen Auseinandersetzungen im Landesschulrat, so daß zu überlegen wäre, ob nicht auf dem gesetzlichen Weg eine Änderung der Zusammensetzung des Landesschulrates angebracht sein könnte. Das allerdings ist für mich persönlich kein besonderes Problem, das ist ein Problem der Landesregierung. Wenn jetzt aber ein zweites Gutachten eingeholt wird, um auch die tatsächliche Meinung der Landesschulämter einzuholen, so finde ich das richtig, wobei ich aber darauf hinweise, daß die Landesregierung an die Vorschläge per Gesetz bis jetzt nicht gebunden ist. Wenn man eine automatische Bindung will ist das Gesetz zu ändern und nicht die Landesregierung als undemokratisch zu beschimpfen. Das ist rechtlich und politisch unredlich, unabhängig davon ob man der Meinung ist, daß der 15. September richtig ist oder nicht. Persönlich bin ich mit dem 18. September durchaus einverstanden gewesen, das gehört zwar nicht zur Debatte, aber es ist vielleicht darauf hinzuweisen, daß der Großteil unserer Bevölkerung auf dem Lande lebt und nicht in den Städten und daß ein guter Teil der Bevölkerung, um die 13-15%, bei den Bauernfamilien durchaus auch für die Feldarbeit gebraucht wird. Feldarbeit ist nichts Unehrenhaftes, nachdem wir deren Früchte alle verspeisen, auch wenn wir die Feldarbeit nicht selber erledigen. Wenn der Bauernbund einige Wünsche angemeldet hat und es schließlich zu einem Kompromiß gekommen ist, so ist das ebenfalls zur Kenntnis zu nehmen, man kann dafür oder dagegen sein, aber die Landesregierung hat auch diesen Kompromißbeschuß mit einer Mehrheit gefaßt und ihr gesetzliches Recht wahrgenommen.

Wenn künftig eine gewisse Einschränkung bei den Schulausflügen stattfinden soll, so ist das nicht falsch. Man könnte zwar durchaus der Meinung sein, daß der Umkreis von 300 km zwecks Ausflüge für Oberschulen etwas klein gehalten ist, denn man kann dabei nach Mailand, nach München und nach Salzburg fahren, nach Wien allerdings nicht mehr, jedoch handelt es sich hier nicht um eine substantielle Frage, denn es gibt auch in diesem Umkreis von 300 km noch genügend zu sehen. Ob man 300 oder 500 schreibt, das wäre in meinen Augen so ziemlich gleichgültig, durchaus angebracht ist es aber, daß Ausflüge grundsätzlich noch stattfinden können, denn für Kinder der Grundschulen sind Ausflüge doch sehr wichtige Erlebnisse. Dabei brauchen sie nicht einen weiten Umkreis zu erfassen, da ist von Kollegen meiner Partei schon richtig darauf hingewiesen worden, es

genügt im wesentlichen das Erlebnis an sich, das Erlebnis der Natur, von schönen Dörfern und Städten und schöner Landschaft und einer Gemeinschaft, die man an einem oder zwei Tagen im Jahr als besondere Gemeinschaft der Schule, jedoch außerhalb der Schule, erleben kann. Das zu dieser Angelegenheit.

Einen kleinen Hinweis lediglich noch, weil im Protokoll vielleicht eine Kleinigkeit vergessen worden ist. Daraus mache ich keinen Vorwurf, denn es ist mir ohnehin gleich was im Protokoll steht, darüber können sich Historikergenerationen zerstreiten wenn wir alle schon im Himmel sind, ich habe lediglich in der Kommission erklärt, daß ich das zweite Gutachten für sehr richtig finde - das ist im Protokoll vergessen worden -, denn sonst könnte aus dem Protokoll hervorgehen, als ob ich nicht so ganz damit einverstanden gewesen wäre. Mit dem Gesetzesentwurf insgesamt bin ich sehr einverstanden, ich freue mich, daß die Landesregierung darauf gedrängt hat, daß dieser Entwurf schnell in den Landtag kommt und aus diesem Grunde haben auch wir in der ersten Kommission uns bemüht, ihn so rasch wie möglich zu behandeln und zu verabschieden und die Mitarbeit in der ersten Kommission war in dieser Hinsicht recht gut. Ich danke, Herr Präsident!

FRASNELLI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte drei Themen hier etwas anreißen, dies auch auf der Grundlage dessen, was im Rahmen der Diskussion heute zum Ausdruck gekommen ist. Zum einen möchte ich feststellen, daß verschiedene Redner die Diskussion zu diesem Gesetzesentwurf verquickt haben mit Inhalten von Verordnungen der Landesregierung, einmal was die Schulkalenderverordnung anlangt und zum einen was die Ausflugsverordnung des Landeshauptmannes anlangt. Das sind Dinge, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit dem Gesetz stehen, d.h. aus dem Gesetz abgeleitet werden und somit möchte ich die beiden Dinge für meinen Teil getrennt wissen.

Zum Gesetz selbst und zur Tatsache, daß auf römischer Ebene die Schultage reduziert worden sind auf 200. Ich möchte nicht so sehr die Tatsache befürworten oder kritisieren, daß man diese zweiwöchige Verringerung herbeigeführt hat, Tatsache ist, daß wir auf europäischer Ebene im Durchschnitt sind, und wenn wir insbesondere in die Bundesrepublik Deutschland schauen, wo wir erheblich mehr Schultage haben, so möchte ich meinen, daß es das System der Aufteilung der Schultage und der Ferienzeiten insbesondere ist, welches Probleme erbringt und nicht so sehr die reine Anzahl der Schultage. Deshalb meine ich, daß wir ohne weiteres hätten bei 215 bleiben können, daß man unter Umständen sogar etwas hinzunehmen hätte können, aber die Verteilung auf das ganze Jahr hinweg, die muß sich ändern und leider Gottes hat sich hierzu Rom noch nicht herbeigefunden. Sicherlich sind die klimatischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und in Italien sehr unterschiedlich und jedes Land wird den spezifischen Erfordernissen versuchen Rechnung zu tragen, aber wenn man schaut, wie sinnvoll man z.B. in der Bundesrepublik Deutschland die

Schulblockzeiten und die Ferienblockzeiten auf das ganze Jahr hinweg verteilt, dann möge dies doch Anstoß und Anregung sein, daß auch in anderen Ländern ähnliche Überlegungen angestellt werden und diese Überlegungen nicht auf Kosten der Schuldauer angestellt werden, dies möchte ich besonders hervorheben. Es sind entwicklungsphysiologische und arbeitsphysiologische Momente, insbesondere bei den Kindern, die uns veranlassen sollen und die auch unsere Parlamentarier in Rom all der Parteien, die auch in diesem Hause vertreten sind, anregen sollen darüber nachzudenken, nicht so sehr die Schuldauer zu reduzieren, sondern die effektive Schulzeit besser auf das ganze Jahr zu verteilen. Dies schiene mir persönlich, angesichts auch der genügenden Beispiele, die wir auf europäischer Ebene haben, der zielführendste Weg in dieser Frage zu sein. Dies ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist das Verhältnis Landesregierung-Landesschulrat. Es hat keinen Sinn, der Landesregierung undemokratisches Verhalten vorzuwerfen, weil dies aus den Gesetzen einfach nicht ableitbar ist. Auf der anderen Seite hat es auch absolut keinen Sinn, sich so oder anderswie über den Landesschulrat zu äußern. Der Landesschulrat ist für mich persönlich ein demokratisch gewähltes, repräsentatives Gremium, das zu sehr bedeutsamen Fragen unserer Gesellschaft, sprich Schule und Bildung, seine auch vom Gesetz vorgesehene Meinung zum Ausdruck bringen soll. Aus diesem Grunde muß es Anliegen der gesamten Südtiroler Gesellschaft sein und Anliegen des Landesschulrates und der Landesregierung, daß es zu einem neuen Klima kommt im Verhältnis Landesregierung-Landesschulrat, oder Landesschulrat-Landesregierung. Wir müssen eine schon einmal vorhandene Dialogbereitschaft wieder neu stimulieren und ich möchte auch in diese Richtung ersuchen, daß der Beitrag, der von seiten der Landesregierung geleistet werden kann, auch geleistet wird, natürlich auch in Richtung Landesschulrat gerichtet, und daß der Beitrag, der von der Ecke des Landesschulrates her geleistet werden kann, daß der auch geleistet wird. Die Probleme, die in diesem Gremium zu Schul- und Bildungsfragen diskutiert werden und wo in dieser demokratischen Dialektik zwischen Landesregierung und den Positionen und der Diskussion im Landesschulrat bessere Lösungen heraus schauen sollen, diese Themen sind so bedeutsam, daß wir alles unterlassen sollen, nur nicht leichtfertig Urteile, Aussagen zu diesem oder jenem Gremium und auch zum Gremium Landesschulrat treffen sollen.

Im übrigen, Kollege Langer, wenn ich vorhin die Antwort auf Ihren Zwischenruf in Erinnerung habe, so hat wahrscheinlich Kollege Pahl gemeint, es wäre angenehmer, wenn Sie ihn nicht unterbrechen würden, so habe ich es wohl verstanden.

LANGER (AS): (Unterbricht)

FRASNELLI (SVP): Das zum einen.

Zum dritten, werte Kolleginnen und Kollegen, sicher, es gibt diese Überschneidungszeit zu Beginn des Schuljahres und für die Zeit und die

Dauer, wo noch die Nachprüfungen, Befähigungsprüfungen usw. abgehalten werden müssen und insbesondere für diesen Teil, aber auch für andere Zeitmomente im Lauf des Schuljahres, soll sinnvolle Weiterbildung der Lehrerschaft betrieben werden und auch hinsichtlich der Schüler selbst sollte die Zeit besser genutzt werden. Auch ich bin der Meinung, daß dies geschehen sollte und es ist zu Recht das pädagogische Institut ins Feld geführt worden. Ich darf Ihnen mitteilen, daß, soweit ich es im Moment überblicken kann, meine Fraktion innerhalb der nächsten vierzehn Tage ihre Position zum pädagogischen Institut, zum neuen Landesgesetzesentwurf festlegen wird und nach dieser Festlegung, zumindest was unsere politische Partei anlangt, sicherlich danach getrachtet wird, daß es zu einer ausführlichen Diskussion, aber auch zu einer zügigen Diskussion zu dem von uns als sehr wichtig eingestuften Gesetzesentwurf kommen wird und kommen muß. Dies, werte Kolleginnen und Kollegen, wären einige Bemerkungen zu diesem Gesetzesentwurf gewesen.

Was den Abänderungsantrag anlangt, den die Landesräte für Schule und Kultur eingebracht haben zum Absatz 5 des Art. 1, möchte ich jetzt schon mitteilen, daß wir den Präsidenten ersuchen werden, uns eine Unterbrechung zu ermöglichen, damit die Fraktion der Südtiroler Volkspartei sich mit der Thematik dieses Abänderungsantrages, der erst heute eingelangt ist, befassen kann.

Ein letztes nun zum Schulkalender. Dies ist meine persönliche Meinung, wenn Sie heute den Bürger in Südtirol fragen, dann glaube ich überwiegen die Argumente, ob es sinnvoll war, auf den 18. oder auf den 15. September zu gehen, wobei ich weiß, daß der 18. September ein Kompromiß war und wir müssen auch von den Kompromissen leben; wenn Sie aber den Bürger schlechthin auf der Straße fragen, dann werden wohl die Argumente überwiegen, die Kollegen wie Kaserer und Achmüller gemacht haben und nicht andere. Dies ist meine persönliche Meinung und dies wollte ich zum Schluß auch noch hinzugefügt haben. Im übrigen aber ein Ja der SVP zu diesem Gesetzesentwurf. Danke, Herr Präsident!

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, egregi colleghi, cercheró di essere sintetico e breve, perché mi pare che quella che doveva essere una leggina da togliersi dai piedi - se mi posso permettere questa dizione - in poco tempo, é diventata viceversa un argomento molto rilevante nel dibattito che si sta tenendo in questo Consiglio oggi. Ho espresso già in Commissione talune perplessità e valutazioni che mi hanno portato addirittura ad assumere una posizione direi anomala. Qualcuno ha voluto osservare, nei miei interventi in Commissione, che ero un po' in contraddizione con me stesso, perché sostenevo la necessità che proprio in una provincia come questa, con problemi delicati e difficili e certamente da non sottovalutare per quanto attiene in particolare la scuola, era da attendersi da parte della Provincia maggior grinta e maggior difesa della propria autonomia di intervento. Lo dico anche in questa occasione, senza diventare rosso per la vergogna magari, ma non c'è dubbio che a situazioni anomale debbono corrispondere interventi del tutto particolari.

Non ho capito assolutamente, e in modo particolare in questa provincia, la diminuzione del numero dei giorni scolastici. Mi sono sorpreso per la verità, ed è una mia carenza, del fatto che in altri Paesi d'Europa si è più o meno allo stesso numero di giorni lavorativi, salvo per la Francia dove mi pare sia di gran lunga inferiore il numero di giorni effettivi di scuola. Mi domando come mai in un periodo in cui aumentano le conoscenze, aumenta lo studio del tempo e della storia, debbono essere approfonditi certi argomenti molto più di quanto non accadeva in passato. Esistono difficoltà da superare proprio per quanto riguarda l'apprendimento, aumentano le materie di studio, i programmi toccano settori molto più vasti di quanto non accadeva, per esempio, nel periodo in cui andavo a scuola io; si cerca una diminuzione della partecipazione alla scuola di coloro che debbono apprendere.

Vi sono un'infinità di problemi che attengono e le strutture e gli utenti, per cui si cerca di ridurre tutto al minimo indispensabile per quanto attiene la presenza nella scuola stessa. Francamente posso capire che vi sono oggigiorno, con l'aumento dei mezzi di comunicazione di massa, la televisione, la radio, la stampa, che è molto più diffusa, la possibilità di sviluppare al di fuori della scuola tutta una parte che corrisponde ad un complemento dell'educazione scolastica, però mi dovete consentire certi dubbi e perplessità proprio in una provincia come questa dove in particolare si pretende - lasciamo perdere se sia giusto o non giusto - per esempio nel campo dello studio della lingua praticamente uno studio identico delle due lingue: la lingua madre e la seconda lingua, che comporta un impegno, un sacrificio, un dispendio di energie sia per quanto concerne gli studenti che i docenti.

In questo caso abbiamo accolto quasi con giubilo l'intervento della legge dello Stato e del Ministro della pubblica istruzione che certamente aveva deciso questa norma di concerto con gli altri colleghi, e quasi lieti che il fatto sia accaduto, anche perché magari può avere degli effetti su altri settori come quello dell'agricoltura, che certamente è stato ricordato e che io non voglio giudicare degno di minore importanza rispetto ad altre attività, ricordando l'interesse che può avere l'industria alberghiera. Mi pare che l'interesse precipuo debba essere il fatto che la scuola è il maggiore e il più importante investimento per quanto attiene al futuro della società così come è costituita e debba essere la prima e fondamentale preoccupazione, e sul piano dello Stato come nella concezione, nella filosofia che può essere adottata anche in provincia.

Restano queste mie perplessità per quanto riguarda la riduzione del numero dei giorni effettivi che già sappiamo essere stata anche in passato piuttosto criticata, perché non è che anche oggi - me lo auguro - tutte le classi funzionano, tutti i servizi sono a posto, tutti i docenti hanno la loro assegnazione, tutti i programmi sono già definiti. Mi auguro che nei 15, 16, 18 giorni dal 1. settembre al 18 in futuro sia possibile completare gli organici, sistemare quelle che erano ritenute in passato le situazioni di difficoltà per quanto atteneva l'assegnazione dei

professori e dei vari incarichi e che soprattutto in questo periodo di tempo, fra i professori, i presidi, le autorità costituite si possa concertare una volta per tutte e mantenere sistematicamente, metodicamente tutto un programma che ognuno ormai conosce e può dare per scontato all'inizio di ogni anno scolastico.

Io ricordo, negli anni in cui frequentavo le scuole elementari e medie, che andavamo a scuola e già il primo giorno facevamo regolarmente lezione. Erano rarissimi i casi in cui mancava questo o quel professore, ma in generale c'era un programma ben definito; andavamo a scuola al mattino e al pomeriggio e non avevamo gli orari unificati di adesso; sapevamo perfettamente quali erano i nostri libri di testo che si trasmettevano di generazione in generazione. C'era una scuola, criticabile finché volete, ma organizzata e funzionale. Non ricordo che ci siano state se non sporadicamente delle situazioni di difficoltà proprio per quanto atteneva per esempio l'assegnazione degli incarichi ai professori, i quali già sapevano durante l'estate quali erano le scuole che venivano loro assegnate e le classi che avrebbero avuto. Così com'era già previsto fin dall'anno scolastico in corso quelli che sarebbero stati i testi su cui apprendere e studiare.

Una prima valutazione di perplessità di carattere generale quindi la mantengo anche oggi. Naturalmente poi ci sono gli altri problemi che sono stati sollevati qui. Uno di questi, che ha tenuto banco tutta la settimana, è il rapporto che deve intercorrere fra gli organi collegiali della scuola e la Giunta provinciale. Intendiamoci, non riteniamo che debbano essere capovolte le posizioni: ciascuno ha le proprie responsabilità, i propri doveri, le proprie funzioni. Non credo che il Consiglio scolastico provinciale possa prevaricare la Giunta, ma non credo neanche che la Giunta debba eludere, escludere e comunque non tenere nel debito conto quelle che sono le valutazioni, pareri del Consiglio scolastico provinciale. Altrimenti che ci sta a fare? Ammesso e non concesso che questo Consiglio scolastico provinciale così come è stato eletto e composto anche con l'intervento della Giunta e del Consiglio sia di nostro gradimento, la componente di destra del Consiglio scolastico provinciale è assolutamente assente nonostante gli avvenimenti dell'ultimo periodo di tempo; noi non riteniamo debba essere tenuto come uno spolverino da usare quando ci fa comodo e quando non ci fa comodo essere messo in castigo. La Giunta deve tenere nel debito conto anche quelli che sono gli organi preposti, come i sovrintendenti, che nell'emendamento mi pare siano stati recuperati alla loro funzione. Giusta è l'osservazione che essendo essi parte del Consiglio scolastico provinciale le loro opinioni e la loro posizione la possono far valere anche nel Consiglio provinciale, ma c'è anche da osservare che sono 3 contro 67 e voi mi insegnate che naturalmente in certi casi si precostituiscono maggioranze che possono mettere in minoranza i sovrintendenti, che sono poi le massime autorità e quelli chiamati a rispondere dell'organizzazione e del funzionamento della scuola.

Anche da questo punto di vista il discorso va fatto tenendo presenti quelle che sono le responsabilità specifiche di ciascuno dei componenti del Consiglio scolastico provinciale, senza con questo venir meno ai cosiddetti principi di democrazia, che mai come in questo caso sono da prendere, secondo me, un po' con le molle, perché mai come nel campo della cultura, dell'educazione, non è tanto il numero che deve prevalere, ma la qualità e il valore intrinseco.

Terzo argomento era quello che atteneva all'utilizzazione dei giorni per le gite scolastiche. Certamente, riducendo il calendario scolastico le prime vittime sono le giornate cosiddette di studio fuori della scuola e quindi le gite scolastiche. Non poteva che accadere così. Anche qui avrei delle riserve: in due giorni non credo si possano concertare delle gite di studio molto importanti; potrei discutere sull'organizzazione delle gite come è accaduto in passato, che non sempre erano gite di studio, ma molte volte erano gite per andare a trascorrere un periodo di ferie senza neanche preoccuparsi molto del lato culturale e incontravano tante altre difficoltà che non sto qui a sottolineare, ma volere restringere poi ad una cerchia geografica molto ristretta, anche questo mi pare, pur tenendo conto che in due giorni non è che si possano fare 1000 km, che su questo argomento ci sia da fare mente. Siccome nella legge è detto che le giornate scolastiche debbono essere almeno 200, penso che su questo "almeno" potremmo soffermarci per cercare, con una certa elasticità e flessibilità, di allargare comprendendo dei viaggi di studio che debbono essere tenuti nella giusta considerazione. Ci sono città come Venezia, Firenze, Milano, Bologna, Roma, Vienna, Salisburgo, Monaco, Graz...

ZELGER (SVP): E Innsbruck!

MITOLO (MSI-DN): Innsbruck certo, ma non la citavo, perché siamo in casa nostra. Quindi, di meraviglia in meraviglia, ormai abbiamo sgomberato il campo da tante nubi e possiamo arrivare a concordare su questa posizione, che cioè gli almeno 200 giorni debbono tenere conto possibilmente dell'estensione dei termini per arrivare a fare qualche cosa di utile e di serio.

Resto poi del parere che la scuola italiana nel suo complesso abbia bisogno di molte cure e di una riforma che da tanto tempo si sta preannunciando e annunciando e ci auguriamo tutti che finalmente venga il tempo della realizzazione di questa riforma dove si tenga conto dello spirito che è emerso anche in quest'aula, dell'esigenza che noi vogliamo e che anche in questi giorni mi tornano alla mente certe prese di posizione al convegno di Mantova e in altre località nazionali, la scuola italiana abbisogna di una profonda riforma per poter affrontare seriamente, nell'interesse dello Stato e della nazione tutta, gli anni 2000, il terzo millennio.

Su questa legge ci siamo astenuti in Commissione; mantenendo lo stesso atteggiamento riteniamo di dover confermare in aula questo giudi-

zio, anche perché in Parlamento non abbiamo votato per la legge Falcucci, quindi anche in questa sede non possiamo che riconfermare la nostra presa di posizione in campo nazionale.

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

Rag. ROLANDO BOESSO

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

PRESIDENTE: Il Consiglio riprenderà alle ore 15.30 per dar modo al gruppo della SVP di riunirsi.
La seduta è sospesa.

ORE 13.05 UHR

ORE 15.45 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

PRESIDENTE: La seduta riprende.
La parola al consigliere D'Ambrosio.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Signor Presidente, egregi colleghi, mi permetto di intervenire per pochi minuti per fare questa annotazione, e cioè che trattandosi di interventi scolastici, coincidenza vuole, salvo l'ultimo intervento di questa mattina, sono intervenuti colleghi che professionalmente sono insegnanti o comunque provengono dal mondo della scuola. Dato che in effetti l'argomento scuola non è solo - ben vengano gli apporti di chi è più professionalmente addentro - non è solo questione da addetti ai lavori - d'altronde condivido le cose dette dalla compagna Barbiero in sede di Commissione oltre che in aula -, mi permetterò di fare qualche breve considerazione alla luce anche di quello che è stato possibile ascoltare per quanto detto da altri colleghi. Portando alcune sottolineature ad aspetti che spero nessuno voglia trascurare, ivi compresi coloro i quali hanno responsabilità nella conduzione della nostra autonomia che, a proposito di scuola, dovrebbe pure lasciare dei margini di iniziativa.

La prima considerazione è sulle giornate. Non nego, anzi è obbligo e voi tutti ricordate come anche nelle passate legislature o negli anni passati analogamente questa volta noi abbiamo con disegno di legge adeguato i criteri a quelli nazionali, però al di là di alcuni obblighi o adempimenti obbligati, faccio una considerazione di ordine generale per quanto riguarda le giornate scolastiche nel raffronto fra il nostro e gli altri Paesi europei, dove è vero che apparentemente vi è un certo allineamento. Sennonché, egregi colleghi, l'allineamento non deve essere solo considerato in termini di giornate, ma bisogna vedere queste giornate quante ore hanno, bisogna vedere queste ore di quanti minuti sono, biso-

gna vedere i programmi, i contenuti concreti di questa scuola.

E a mo' di esempio chiaramente - alcuni interventi questa mattina ne facevano cenno - devo dire come sovente nella nostra scuola non vi é la possibilitá di far sapere cose apparentemente elementari e concrete della vita corrente. Mi pare fosse Langer che faceva questi esempi. Non si riesce a spiegare come funziona una fabbrica, come si fanno dei mattoni o il pane. A onor del vero questi ragionamenti li abbiamo sentiti e fatti quando qualche tempo fa sembrava potesse decollare un problema di riforma scolastica soprattutto della scuola a tempo pieno che servisse sempre di piú come acquisizione di nozioni, ma anche e soprattutto delle cose della vita nel modo piú pieno.

Aggiungo che oltre le questioni che qui ricordo, c'è il problema di come complessivamente questa scuola forma i giovani per immetterli nel mercato del lavoro, ben inteso, salvo che lo stesso abbia la sua ricettività. Comunque, qui é vero che si può fare una discussione di ordine generale, ma voglio attenermi alla ragione del contendere quale quello delle giornate.

Siamo preoccupati di fronte ad una scuola che presenta limiti e lacune, ad una scuola che per quanto ci compete e ci é consentito fare per quanto riguarda ad esempio l'elevazione dell'età a 16 anni, alcune unificazioni, la scomposizione delle superiori in un biennio e in un triennio, in sostanza una riforma della secondaria, ma che non deve essere disgiunta dagli altri livelli di apprendimento scolastico; abbiamo cercato e cerchiamo di dare un contributo. Però per poter ottenere questi elementi di riforma, egregi colleghi, non credo che la strada piú giusta o quella che si ritiene piú percorribile sia quella della riduzione "tout court" del numero delle giornate scolastiche. Non siamo d'accordo che la strada per ottenere questi risultati, al di lá dei problemi, dei contenuti, del programma, delle attrezzature, dei laboratori, dei problemi posti dal corpo insegnante...

FERRETTI (DC): (Interrompe)

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Lo so, però attraverso queste fermate che si tolgono ci possono essere anche minori utenti che possono servirsene.

PRESIDENTE: Consigliere D'Ambrosio, continui il Suo intervento, per cortesia, e non si faccia distrarre.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): Non é una distrazione l'interruzione. Io ci sto a queste interruzioni e sovrapposizioni, perché il ragionamento si può prestare anche a questo, però, ripeto, un treno con meno fermate può darsi che possa servire meno utenti. Noi temiamo che una scuola così congegnata e organizzata possa correre dei rischi di impoverimento, la cui ricaduta di questo impoverimento é facile intuire: impo-

verimento nei confronti in prima istanza dei frequentatori, ma in seconda istanza più in generale di tutta la società. Non vorremmo che in un sussulto, perché in Italia a volte si va anche ad ondate, ed una di queste può colpire anche questo comparto importante della società - non dimentichiamoci quanti sono i milioni di interessati fra studenti e corpo insegnante - soprattutto la sua prospettiva e il significato profondo che essa significa, non vorrei che in questi sussulti e pseudo-razionalità o di sempre più marcato "far da te", si concepisca questo anche come una forma subdola o surrettizia per dire: in fin dei conti chi è capace di galleggiare veda di cavarsela e per gli altri si salvi chi può. Non siamo d'accordo.

E non siamo d'accordo con un altro elemento che incappa nella nostra specificità. Se mai potessimo, dovremmo dire invece che 200 giornate ne mettiamo alcune di più non perché vogliamo infierire nei confronti degli studenti e degli insegnanti, ma perché noi avremmo non fosse altro bisogno di qualche strumento in più e tempi materiali in più per una questione apparentemente elementare, ma poi fondamentale: la preparazione dei cittadini sempre più consapevoli e detentori del requisito del bilinguismo. Oltre agli aspetti di ordine generale che toccano la scuola di Bolzano come di Trento, di Palermo, di Torino, ecc., ci porta a dire che semmai noi dovremmo avere un qualcosa di più per poter avere dei cittadini che sul piano linguistico siano dotati e possano esercitare questo requisito.

Condivido quegli apprezzamenti fatti al riguardo del Consiglio scolastico provinciale tendenti a far sì che questo ruolo venga evidenziato - lamentale in ordine al ruolo subordinato e avvilente del Consiglio scolastico provinciale sono state fatte da parte di colleghi che fanno parte della minoranza e della maggioranza - però io condivido questi apprezzamenti, siano essi dell'una o dell'altra fila, per cui non posso che criticare e respingere fermamente gli altri apprezzamenti che fanno apparire questo organo come qualcosa di fastidioso o peggio ancora condizionato da un'egemonia espressa da qualche marxista che induce altri attraverso il suo massimalismo ad adeguarsi, grazie a chissà quale capacità dialettica, alle opinioni che costoro andrebbero ad esprimere. La cosa non sta in questi termini, per cui non comprendo perché il Consiglio scolastico provinciale, a parte il fatto che non comprenderei come in questo organismo si riflettano opinioni politiche squilibrate rispetto al resto della società, e infatti non è così, non può essere altrimenti, ma non comprendo perché un Consiglio provinciale debba al suo interno contenere apprezzamenti riduttivi o peggio ancora squalificanti nei confronti di un organo che nel bene o nel male, a seconda del giudizio politico comunque è rappresentativo di una certa realtà scolastica e in una società democratica dobbiamo prendere atto di quello che queste realtà istituzionali a loro volta vanno ad esprimere.

In una interruzione dell'assessore Ferretti mi è parso di aver capito che il suo concetto sostanzialmente è questo: non possiamo noi Giun-

ta provinciale essere carta assorbente di un'indicazione del Consiglio scolastico provinciale. Allora come dovrebbe essere risolto il problema? Non si tratta di essere una carta assorbente dell'altro, tutt'altro, ma si tratta di capire che se un giudizio viene espresso avrà pure un suo significato da parte di un organismo che corrisponde al nome di Consiglio scolastico provinciale, perché non può essere che ogni qual volta un giudizio su questa o quella materia, su questo o quel parere venga espresso non venga condiviso, anzi venga pressoché sistematicamente respinto. Vuol dire far torto alla propria, ma soprattutto all'altrui intelligenza, perché non credo che le unilateralità siano le valenze di questo sistema per cui o ha solo ragione il Consiglio scolastico o ha solo ragione la Giunta provinciale.

Il problema è invece come sempre quello di un adeguato confronto e quella sintesi che si presume sia la soluzione più saggia e più corretta, ma non per mediare ad ogni costo, quanto perché si ritiene che le soluzioni siano la risultante di un confronto il più produttivo possibile.

Ma, ripeto, se questi sono ragionamenti a seguito di opinioni qui espresse, credo che il fondo del problema non è solo quello, che ha una sua validità, ma non è certo prioritario, di decidere se un anno scolastico inizi il 15 o il 18 o il 21 del mese di settembre. E' una cosa lasciata alla discrezionalità delle realtà regionali, nel nostro caso provinciali. Il problema di fondo è di quante giornate e quali contenuti, di quali strumenti noi abbiamo e non so se il calendario scolastico da solo può risolvere il problema. Credo proprio di no. Dato che ogni occasione va colta per ricordare a noi stessi, perché abbiamo questo compito di fronte alla società, quanto rilevante sia per l'oggi e per il futuro affrontare e risolvere il meglio possibile i problemi e le situazioni che si vengono a creare all'interno nel mondo della scuola, sapendo quanto del domani dipenda dalla scuola dell'oggi, abbiamo ritenuto di non dover perdere a nostra volta questa occasione per fare memoria su questi terreni di iniziativa che dovrebbe svilupparsi certo in provincia di Bolzano, certo sul piano nazionale, ma per quanto mi concerne in stretto rapporto fra di loro.

Abbiamo presentato un progetto di riforma a questo riguardo, questo per dimostrare l'attenzione e l'impegno che noi dedichiamo a questo riguardo, a livello nazionale, ma badate che un progetto di riforma a livello delle superiori è solo uno stadio. Il problema è più complessivo, cioè è quello di fare in modo che la scuola risponda a questa crescita civile, culturale, ma anche generale della nostra società, facendo rispondere sempre di più la scuola anche alle esigenze produttive della nostra società. E qui c'è tutto il discorso della programmazione, degli indirizzi scolastici, di che rapporto più stretto c'è, che risultato dà, tra scuola e mondo del lavoro.

Questo desideravo dire. Vedete che i problemi ci sono e rimangono aperti. Però in rapporto alla ragione del contendere relativa all'abbassamento del numero delle giornate di scuola, all'individuazione delle

giornate più idonee per l'avvio, alle proposte, ai suggerimenti di lasciare una certa discrezionalità o comunque di considerare in rapporto anche alle contraddizioni locali determinate giornate di assenza dalla scuola, stamattina è stato espressamente ricordato il giorno 2 novembre. Noi da questo punto di vista abbiamo la massima comprensione e non credo che faremo questione di sorta; siamo molto rispettosi di questi problemi. Siamo dell'idea che anche una discrezionalità locale consenta di individuare piccole correzioni da questo punto di vista. La sostanza e l'essenza mi pare invece di averla individuata su un terreno che deve vedere coinvolto anche il nostro momento istituzionale. Credo che questo possa avvenire nel momento in cui credo il Ministro o chi per esso (spero) senta il bisogno di avere un rapporto con tutti gli Assessori del resto del Paese; spero che ci siano queste occasioni quando deve andare ad individuare delle decisioni o degli orientamenti riguardo le tematiche scolastiche. Mi permetterò di ricordare che se questi momenti devono avvenire, siano momenti e anche l'occasione per non fare a nostra volta da carta assorbente fra Provincia e momento centrale dello Stato. Credo che potenziare la scuola pubblica significhi fare opera buona sotto ogni punto di vista non solo per i giovani, ma per il nostro futuro.

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Signor Presidente, egregi colleghi, quella che sembrava una leggina si è dimostrata una legge fondamentale ed una grande occasione per alcune riflessioni non casuali, certamente meditate, intorno alla situazione della scuola in Alto Adige, ma anche della scuola nazionale. Credo sia estremamente utile che questo accada all'interno di questo Consiglio, perché sono anch'io dell'avviso che la Provincia autonoma - l'ho detto tante volte e lo ripeto in quest'occasione - nel settore della scuola abbia ben maggiori potenzialità di quelle che noi normalmente usufruiamo per una sorta di ritrosia, una forma di educazione, forse anche perché non abbiamo scandagliato adeguatamente quella che è la portata dell'autonomia nel settore scuola.

Oggi sono venuti degli interessanti segnali, ma poi se i segnali sono interessanti dobbiamo prenderne, a mio avviso, le conseguenze anche sul piano delle decisioni politiche, tutti presi da questa soluzione, che è una soluzione ambigua, quella cioè della scuola altoatesina, che da una parte dà alla Provincia delle competenze primarie o secondarie accentuate (primarie affievolite o secondarie accentuate), e dall'altra ha mantenuto, per volere della classe insegnante, a suo tempo, quasi la società fosse estranea - opportuno mi è parso il richiamo e della Vicepresidente Gebert e del collega D'Ambrosio su questo argomento - quasi la società fosse estranea alla scuola e non invece il riflesso della società la scuola, perché innanzitutto la scuola è la società e non viceversa.

Dunque, a suo tempo, quasi la società fosse estranea, si tenne conto soprattutto del movimento d'opinione degli insegnanti e la scuola non passò alla Provincia nella sua interezza o non venne neppure delegato,

come accade attualmente in val d'Aosta, il personale insegnante, se non delegato tutto, come accade in Sicilia, cioè tutta la scuola. E diciamo che noi viviamo ancora di questo contrasto, di questa decisione. Non voglio valutarla nel merito: sono anch'io uomo di mondo e di questa terra e sono anch'io, come attività - lo sappiamo e le sapete - del mondo della scuola. Ma è questo il difetto fondamentale: quando noi crediamo di avere autonomia, è un'autonomia che si esplica e si esercita con questo problema all'origine e cioè ci dobbiamo adattare noi ad una situazione di stato giuridico e di dipendenza del personale insegnante dallo Stato e cominciare dal sovrintendente, la cui posizione è fonte di grandi equivoci, è fonte di grandi dispute, è fonte di decisioni che anche oggi, 15 ottobre, sono agli onori della cronaca nella stampa locale e nei mass-media. Questa è la verità.

Se noi abdichiamo a ragionare in questi termini, facciamo una politica velleitaria, rinunciando a mettere il dito su quello che è il problema, non la piaga, ma su quello che è il problema vero della scuola altoatesina di lingua italiana, di lingua tedesca e di lingua ladina. Ed infatti, mentre noi abbiamo questi problemi, le norme trentine sulla scuola non sono uscite; stanno per uscire, ma perché stanno per uscire un po' diverse da come le aveva licenziate la Commissione dei 12? Non sono uscite perché immediatamente la scuola trentina ha capito che c'è governo reale della scuola se sulla scuola, quanto meno autorità maggiore che è il sovrintendente, checché ne dica la collega Klotz, che è figura diversa, con caratteristiche anche burocratiche, responsabilità diverse, collega Klotz (leggersi lo Statuto): è vero che vigila soltanto, ma vigila, ha una funzione in più. Invece di soldi ne prende meno di quelli che dipendono dalla Provincia, collega Klotz, non ne prende di più. E questa è un'altra questione che - apparentemente minore, è invece essenziale - ha fatto nascere un sacco di problemi: la condizione economica differenziata e minore del sovrintendente. Non faccio nomi: è la carica che è così non è la persona. La posizione economica diversa ha fatto nascere un sacco di problemi. Anche questo è un problema.

Trento ha capito che non ci può essere governo della scuola, non ci può essere un rapporto costruttivo tra scuole-competenze provinciali e scuola-competenze dello Stato, se il fulcro di questo discorso in una qualche misura non è coinvolto direttamente con la Provincia, avendo anche responsabilità di fronte allo Stato. E questo lo aveva capito così bene, la parte di lingua tedesca, che il sovrintendente di lingua tedesca è dipendente provinciale.

Questa è la verità. Ma perché dei rapporti diversi, perché questa potenzialità non compiutamente esplicitata attraverso leggi, nonostante - il collega Zelger lo sa - sollecitazioni, incontri, costituzioni di appositi comitati di studio, per verificare le possibilità di approfondimento e di legiferazione in materia? Ma proprio perché c'è anche un rapporto umano, che, checché si dica, è sempre un ganglio fondamentale nella vita di tutti i tempi. C'è anche un diverso rapporto umano oltretutto gerarchico

tra la scuola in generale dell'Alto Adige, rappresentata dal sovrintendente, che vigila su tutte le scuole, collega Klotz, e la scuola di lingua tedesca, che ha un intendente che è dipendente provinciale ed ha anche questi rapporti diversi.

Ecco uno dei motivi principali. Io so che butto della carne al fuoco, ma una volta ogni sei o sette anni sarà dato anche a questo Consiglio provinciale di parlare di questi argomenti, approfondirli, scambiarci in modo non casuale delle opinioni, in maniera tale che si verifichi se dietro l'affermazione di Mitolo di questa mattina "più autonomia", che è un'affermazione sotto il profilo politico che non può essere una battuta, perché l'ha già fatta altre volte il collega Mitolo ed ho preso un estremo di una parte, per dire che forse c'è una maturazione diversa, anche in altre parti, che in altri tempi hanno detto le stesse cose. Ma l'ha detto Mitolo e la sua chiusura su Innsbruck che appartiene, è troppo vicina, ma questo era scherzoso. Questo è uno stato d'animo diverso, che appartiene tuttavia alla realtà tirolese e quindi non va citata. Deve essere accaduto qualche cosa tra questi quasi vent'anni dal momento in cui si pensò alla soluzione della scuola dell'Alto Adige ad oggi, perché la verità è che se il pacchetto è del 1969, questa soluzione venne individuata prima del 1969. Ebbene, Trento l'ha capito; Trento sta cercando di ottenere un sovrintendente - in questo senso forse anche i ritardi quindi con cui si è arrivati alle norme non sono ritardi così disastrosi - sta cercando di ottenere un sovrintendente che dipenda, che possa essere inquadrato, che possa essere sì nominato dal Ministero, ma designato dalla Provincia. Questa è una rivoluzione copernicana. Quando mai il Governo, il Ministero...

LANGER (AS): (Interrompe)

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Copernico si occupava di cose piccole, per come è accaduta la rivoluzione copernicana, le conseguenze poi sono grandi. Ma, Langer, la mia non era una battuta.

Ma se noi pensiamo che l'intendente di lingua tedesca viene nominato su una terna e Trento sta ottenendo che designa ed il Ministro nomina, è veramente una trasformazione, cioè mentre per l'intendente di lingua tedesca rimane la capacità di scelta della Provincia e rispettivamente del Ministero, perché nasce da una terna, la Provincia autonoma di Trento propone ed il Ministero deve nominare: è un dato consequenziale. Sarebbe una sorta di soluzione che pare gradita, per esempio, al Consiglio scolastico provinciale, pare - ma poi ritorno su questo - quando si dice che questo Consiglio scolastico provinciale essendo un organo tecnico di esperti, cosa che non è vera, quando dite: la Giunta dovrebbe fare. Ma neanche per sogno. Io ho altissimo rispetto del Consiglio...

CONSIGLIERE: (interrompe - unterbricht)

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Ma neanche per sogno, perché più che rispetto del Consiglio - intendo dire quello scolastico, quello provinciale è ovvio - del Consiglio scolastico ho rispetto della democrazia, ho rispetto di coloro che vengono eletti, ho rispetto per coloro che debbono assumere le decisioni ultime, collega D'Ambrosio e collega Barbiero.

La vostra è facile demagogia di sottocosto, perché non avete responsabilità, ma nei vostri paesi, in Emilia-Romagna (non parlo dell'Unione Sovietica), ma nei vostri paesi gli organi consultivi sono organi consultivi, cari comunisti, e non sono organi che decidono al posto degli organi che hanno il potere di decidere all'interno della società. E, credetemi, le decisioni del Consiglio scolastico, preziosissime, sono per lo più rispettate integralmente, ed anche quando vengono modificate hanno avuto un apporto così prezioso e così essenziale da parte del Consiglio che le modifiche che vengono apportate, come i casi che citava con molta pedanteria questa mattina, che poi sono gli unici casi, la collega Barbiero, vengono modificate anche in funzione dei suggerimenti che sono venuti, perché spesso il Consiglio scolastico non dà opinioni, come può dire il collega Tribus, che ne fa parte, non dà opinioni omogenee ed univoche, ma mette lo stesso argomento in votazione più volte, con votazioni non sempre chiare, per cui per noi diventa talvolta difficile distinguere tra l'opinione definitiva e reale del Consiglio e l'opinione di alcuni settori o di alcuni personaggi del Consiglio, perché le votazioni hanno talvolta dieci che decidono, venti astenuti ed hanno deciso sei contro quattro o su undici, sei e cinque. Mi si dica se questa è una decisione che dà il conforto di una globalità e di un sostegno, per cui chi ha maggiori responsabilità di fronte al Consiglio innanzitutto e di fronte all'opinione pubblica anche, non deve a sua volta prendersi le sue responsabilità.

Il Consiglio deve anche abituarsi, come io ho scritto al Presidente, a quella seduta del 18 o del 15 o del 24, quella che doveva stabilire se le scuole cominciavano il 15, il 28 o il 24 intendo dire, io non ho partecipato, ma ero della medesima ed uguale opinione di quella rappresentata dal collega Zelger, con cui ci eravamo in precedenza consultati, per cui mi andava bene il 15. Perché i primi ad essere messi in minoranza non è stato il Consiglio, sono stati i tre assessori ad essere messi in minoranza, i quali non hanno gridato, perché sanno che il gioco della democrazia ha di questi costi e il Consiglio scolastico si deve abituare anche a questo: al gioco della democrazia, dove chi non prevale non ha il piacere e l'onore di vedere realizzata la sua aspirazione e non inscenare delle manifestazioni del genere, come sono state inscenate quando i primi ad essere stati torteggiati sono stati proprio gli assessori che volevano il 15 e non il 18 e non il 24.

Ma ritorno al discorso fondamentale, perché è il discorso che mi preme ed è il discorso sulla portata di questa autonomia nella scuola. Io credo, sono fermamente convinto che i prossimi anni ci aiuteranno a capi-

re meglio qual è la portata di questa autonomia. Non può accadere che avendo competenza per l'aggiornamento, per esempio, sugli insegnanti, quando raggiungiamo l'intesa con il Ministero, vediamo partecipare scarsamente gli insegnanti. Nella seconda lingua siamo ad un livello di preparazione assolutamente insoddisfacente. Lo dico con il dispiacere di chi ha delle responsabilità dirette in questo settore. Non riusciamo a portare avanti con efficacia corsi di aggiornamento, specialmente nella scuola media superiore e nella scuola media, perché c'è una sorta di non partecipazione attiva da parte della sovrintendenza. Il caso che ho citato prima e che è oggi sul giornale, denuncia chiaramente uno stato di disagio. Si è alla ricerca non del meglio in funzione della società, ma di chi deve esercitare meglio le proprie competenze, magari profittando del fatto che la linea diretta: dipendenza dello Stato ed autorità periferica dello Stato, consente di intervenire anche sui dirigenti in maniera tale da produrre degli effetti che con il tempo stanno diventando dirompenti e che per me sono intollerabili. Non è possibile che si vada avanti in una situazione in cui la scuola non risponde adeguatamente: parlo del bilinguismo, che è stato un argomento anche qui sollevato questa mattina, ma anche in altri settori.

Abbiamo avviato un'esperienza, a proposito di quello che diceva Langer, sull'educazione sociale ed economica migliore all'interno della scuola. L'abbiamo condotta con la prudenza necessaria, coinvolgendo le massime autorità, chiamando i migliori esperti, producendo anche un testo: ebbene questa esperienza non è riuscita ad entrare nella scuola. Ed anche di questo io sono dispiaciuto.

Faccio l'elenco dei fallimenti perché? Per testimoniare che c'è anche una sensibilità politica normale, certamente non avanzata, che cerca di portare avanti i discorsi tipici del nostro territorio, quelli del bilinguismo, quelli di una cultura più adatta ai tempi. Ricordo la fatica che ho fatto - oggi sembra una cosa ovvia, ma ho impiegato tre anni - per convincere l'ispettore per la formazione professionale che oggi viaggia per il mondo a parlare di formazione professionale essendo in pensione, a convincere i direttori e gli ispettori e i professori della formazione professionale a fare l'alternanza scuola-lavoro. Tre anni, con riunioni incessanti, eppure alla fine, quand'ero assessore alla formazione professionale, li ho convinti. Quella che oggi è una cosa assolutamente ovvia, otto anni fa era una cosa per cui ho dovuto sudare sette camicie. Ma ci siamo riusciti.

Ebbene, nella scuola dello Stato, partiti contemporaneamente, non sono riuscito a fare niente. Perché? Perché di fronte anche ad una volontà determinata dell'amministrazione, non siamo riusciti ad avere un collegamento altrettanto determinato della scuola e quindi quest'esperienza, che pure vorrò riprendere, vorrò portare avanti. E' un'esperienza bloccata; era un'esperienza portata avanti, cercava di coinvolgere gli insegnanti, perché nulla nella scuola può essere fatto senza gli insegnanti, nulla nella scuola può essere fatto contro gli insegnanti; gli insegnan-

ti, che pure all'avvio erano stati coinvolti, erano stati interessati, poi hanno fatto scemare questa loro disponibilità, questa loro volontà di rendere più adeguata la scuola alla società.

Io credo che il problema principale di una situazione di questo genere sia sempre rapportabile alla situazione, alla soluzione politica e che poi è diventata giuridica, che si è trovata per la scuola dell'Alto Adige. Questi sono i gangli fondamentali, quelli per cui le 200 giornate sono diventate un problema di fondo. E non è affatto vero - guardate, io vorrei che ci potessimo confrontare con la libertà che mi pare possa venire fuori oggi da questo Consiglio provinciale - non è affatto vero che 200 giornate sono poche. Tutte le cose che ha detto il collega D'Ambrosio non stanno né in cielo, né in terra. Quando ha parlato del treno non è un treno che si deve fermare, perché ha da tirare su uno a Bronzolo, uno a Ora, uno a Vadena ed uno a Laives; è un treno che deve andare dritto fino alla fine dell'anno scolastico, possibilmente avendo in partenza i cento che devono arrivare anche all'arrivo. Quindi, non è un treno che deve far scendere e salire la gente, per cui le 200 giornate nella misura in cui hanno tolto le fermate, hanno tolto l'equivoco di spettacoli, di gite, di fatti che sembravano o sono anche scolastici, ma spesso non lo sono, nella parvenza di scolarità, distraevano, distoglievano ed è giusto invece che noi diciamo "almeno" 200 giornate, perché quelle devono essere fatte in classe, nel modo sacrosanto con cui si tiene scuola, non in classe aula, ma in classe come comunità - non vorrei che mi si confondesse tra la parola classe e la parola aula - in maniera tale che l'educazione sia effettivamente un momento di crescita individuale all'interno del gruppo, del collettivo, che è rappresentato dalla classe, nel rispetto delle personalità dei singoli alunni, come dice molto bene la legge-quadro, da cui sono nati poi i decreti delegati.

In questo quadro dico che le 200 giornate sono normali. E' una scuola a livello europeo, non mondiale, perché abbiamo visto che a livello mondiale ci sono anche meno giornate. Non ho capito la battuta di D'Ambrosio: le ore sono di cinquanta minuti, le lezioni sono di cinquanta minuti; questo è normale per via della distribuzione delle lezioni nella giornata, per via del movimento legato a chi deve venire ed andare da una parte all'altra della città o da una parte all'altra della provincia.

E non si accampi anche qui il discorso della seconda lingua, perché la seconda lingua non è piuttosto legata a quel problema che ho detto io prima del quadro e della preparazione che non a quello delle giornate, perché credete che dieci giornate in più farebbero apprendere di più la seconda lingua? Ma dove sta scritto? E' il modo di insegnare, il modo di studiare su cui ci si ferma troppo poco; troppo facilmente si dice che il problema della seconda lingua è solo un problema di insegnanti. E' anche e soprattutto un problema di studio, in questa società in cui non si è più abituati a fare sacrificio, in cui non si è più abituati a sapere che l'emulazione se sana, l'emulazione se adatta all'età, se condotta non in modo esasperato, è ancora un modo di confronto e non un modo di esaspera-

zione degli animi o per esacerbare certe situazioni scolastiche. Allora, in una società in cui ancora bisogna parlare di impegno individuale, nelle 200 giornate, se le lezioni, per esempio, fossero una al giorno e non le sei ore fatte in tre o quattro giornate, invece che su sei, altra cosa di cui non si parla mai, per facilitare gli insegnanti X, Y o Z si fa un orario che è condensato. Dicono: sa, perché io devo fare i compiti scritti e mi ci vogliono due ore, quando a livello, così, almeno discorsivo, si dice che anche il patentino potrebbe essere fatto in un'ora e potrebbe essere fatto in tutt'altro modo. Perché allora nella scuola debbono volere due ore? Va a finire che le due ore diventano un modo per fare meno lezione e lasciare chi fa in fretta in quaranta minuti, riposare un'ora e venti poi successivamente.

Allora, una migliore distribuzione delle lezioni, maggiore preparazione e migliore impartimento delle lezioni, ma maggiore studio, possono portare a risultati più efficaci. E quando noi diciamo almeno 200 giorni, noi intendiamo proprio dire questo. Quando volevamo cominciare il 15 ottobre che cosa volevamo fare? Volevamo cominciare il 15 settembre, perché volevamo intervallare l'anno scolastico, come bene ha detto la collega Vicepresidente, con dei momenti di riposo, con dei momenti di ricreazione, proprio, collega Klotz, come avviene in Germania, se a Lei interessa la Germania. Questo non è stato fatto. Avremo un intervallare minore, ma ci sarà ancora, perché se l'inizio di quest'anno è stato il 18, la conclusione comunque, quella prevista più o meno dal Ministero, che diventa sostanzialmente un vincolo per noi - gli esami di maturità vincolano tutti gli altri esami per via del movimento degli insegnanti sul territorio nazionale - ebbene, anche il 18 ci consente di muoverci, ci consente cioè di avere i 200 giorni effettivi di lezione, ma di ci dà la possibilità di aggiungere alcune giornate per la festa del luogo, di alcune giornate per le eventuali escursioni-gite, cioè di fare in modo che tutto ciò che non è canonico, abbia i suoi spazi adattati alle scuole, in maniera tale che ogni scuola possa fare poi una serie di attività che noi chiamiamo normalmente extra-scolastiche, che riempiano efficacemente lo spazio scolastico e lo rendano anche produttivo, in modo che i genitori visibilmente possano constatare quello che è l'andamento dell'anno.

Quindi, le 200 giornate, a mio avviso, sono un primo strumento - altro che accuse alla Falcucci - sono un primo strumento per portare la scuola ad essere trasparente e ad essere a livello europeo, essere una scuola cioè in cui ciò che accade è chiaramente inteso da tutti.

Sugli altri discorsi della grande riforma della scuola italiana non voglio dire nulla, perché ci porterebbe troppo lontano, ma sono dell'avviso che questo è un primo passo in quella direzione e non posso certo condividere, per quello che riguarda la nostra Provincia autonoma, gli attacchi che sono stati effettuati sul ministro Falcucci e sulla formazione professionale delle Regioni così come viene portata avanti. Il ministro Falcucci, quale ministro alla pubblica istruzione e come testimonia una lettera che le ha dato il Presidente del Consiglio, ha sempre

agito ed agisce con una solidarietà che le deriva dalle decisioni assunte dal Governo.

E per quello che riguarda le Regioni noi siamo consapevoli di avere una formazione professionale adatta alla situazione socio-economica di questa nostra provincia e di questa nostra realtà italiana ed europea, in cui con ocularità e ben prima che altri scoprissero il filone della formazione professionale siamo intervenuti. Lo stesso episodio che ho riportato prima dell'alternanza scuola-lavoro è stato un episodio, peraltro praticato già con il sistema duale dalla scuola in lingua tedesca ben prima che venisse qualcuno come me a scoprire l'acqua calda nella scuola di lingua italiana per la formazione professionale, è stato un sistema proprio per rapportare sempre di più la formazione al lavoro, la formazione alla società. E quella difficoltà iniziale di cui parlavo prima è certo dovuta al fatto che la mentalità talvolta degli insegnanti della formazione professionale non è quella dei formatori, ma è quella degli insegnanti e quindi credono di fare scuola anziché fare formazione. E non è un gioco di parole come credo tutti molto bene capiscano. Si tratta proprio di porsi in una condizione mentale e professionale diversa. Quando sono arrivato alla formazione professionale non c'era neanche un po' di seconda lingua, e non sono arrivato 10 mila anni fa: solo nel 1979 questo accadeva. Ancora: le materie teoriche superavano del 50% le materie pratiche, cioè le trasformazioni sono avvenute proprio nel senso di una scuola più adatta alla società. Queste cose che sono accadute per la loro parte, con il significato che doveva essere della formazione professionale, forse sarebbero potute accadere di più anche per la scuola di Stato se la scuola di Stato fosse più rapportata alle competenze che ha la Provincia autonoma.

Nel complesso credo di poter dire con una certa tranquillità che questa legge consente più ampi spazi di intervento alla Provincia per la regolamentazione del calendario scolastico, che il calendario scolastico quando verrà fatto, su decreto del Presidente della Giunta provinciale e quindi decisione della Giunta provinciale, potrà usufruire dei più ampi contributi sia del Consiglio scolastico che anche di altre forze presenti all'interno della società; che sempre di più a mio avviso questo tipo di scuola più trasparente potrà vedere una partecipazione più corresponsabile e comunque meno scettica della componente sociale che è dei genitori all'interno della scuola, e che quindi questo provvedimento contribuisce a fare chiarezza su una situazione che ancora non è definita, ma non per volontà nostra, quanto per una situazione oggettiva della soluzione costituzionale che a suo tempo venne trovata.

Adesso cercherei di dire alcune cose non più di carattere generale, anche se nel generale ho cercato di dare delle risposte, ma anche rispetto a chi è intervenuto in maniera da poter dare una risposta che sono certo non cambierà di un jota il parere di nessuno, ma che può avere la tenue speranza di ammettere almeno un po' di chiarezza o di far intendere qual è stata la nostra volontà quando abbiamo predisposto questo parere.

Credo che al collega Achmüller, che poi ha ispirato gran parte del mio intervento, ho già dato risposta. Era Lei che parlava di conflitti e questioni che possono esistere; così anche alla collega Klotz. Ho visto un suo sorriso e forse in quello che io dico, ma per motivi notevolmente diversi, probabilmente noi la pensiamo nel medesimo modo sull'autonomia. Lei avrà certamente capito qual è la mia aspirazione, ma Lei per raggiungere obiettivi che non sono certamente i miei. I miei sono quelli di rendere questa scuola più conforme a questa società, i miei sono quelli di rendere questa scuola meglio governata dalla società, i suoi sono quelli, negli esempi che Lei ha fatto, di rendere questa scuola più simile a qualcosa che è a nord. A me interessa molto, molto meno, direi niente, collega Klotz. E questo lo voglio dire, perché magari qualcuno che non ha afferrato completamente, nel senso che magari non era presente al Suo o al mio intervento, se è presente soltanto adesso capisca che andiamo insieme solo per un breve tratto, poi ognuno prenderà con chiarezza la sua strada politica.

Per quello che riguarda l'intervento della collega Barbiero, sulla seconda lingua ho detto quello che avevo da dire. Non sono le giornate in più, collega Barbiero, che fanno della seconda lingua un qualcosa di più appreso, fossero anche venti e non cinque le giornate in più: se nella seconda lingua non si risolvono i problemi che stanno a monte si fa facile demagogia.

Invece sono d'accordo con Lei, D'Ambrosio: c'è una cosa,...

D'AMBROSIO (PCI): (Interrompe)

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Ma sí che c'è contrapposizione, perché la Barbiero quando ha parlato di seconda lingua ha detto che non ne abbiamo tenuto conto. Ma ne abbiamo talmente tenuto conto che con i programmi del 1978 si è proceduto ad una certa ristrutturazione interna dei programmi, anche se è vero che talvolta questa seconda lingua è andata a scapito dell'insegnamento delle lingue straniere per cui questo aspetto è stato sotteso e qui si potrebbe fare un altro discorso. Ma quando arriverà il disegno di legge di Pahl vedrete che lo faremo e sarà un'occasione per approfondire questo termine.

Invece sono d'accordo con Lei - adesso spiegherò qualche cosa - che è un peccato che non ci sia l'Istituto provinciale della sperimentazione all'interno delle scuole, che si chiama IRSAE altrove, ma io cerco di adattare alla nostra autonomia. Mi creda, però, che in questi tre anni che ci separano dall'approvazione delle norme non siamo rimasti inerti. La verità è che conciliare talvolta aspetti inconciliabili richiede consultazioni, esperti, confronti, pareri, compreso quello del Consiglio scolastico provinciale, che non sono facili da portare a sintesi, e poiché noi vogliamo che questo istituto pedagogico non vada a fallimento come è accaduto altrove, vorremmo che avesse un nucleo fondamentale di personale amministrativo stabile e non velleitario, vorremmo che qualora il

personale docente non si trovi possa entrare il personale provinciale. Cos'è importante? Che funzioni l'istituto bene, principalmente che gli sperimentatori e gli aggiornatori appartengano alla classe insegnante, ma se la classe insegnante non ci fosse - poi dirò perché potrebbe non esserci - che ne entrino altri con eguali e magari maggiori titoli dato che non sono in attività di servizio, che garantiscano con la loro professionalità l'aggiornamento. Ma è difficile trovare gli insegnanti. L'Alto Adige è ancora una terra dove spesso all'insegnante si domanda: "Scusi, maestro, che mestiere fa?" E cioè si sa benissimo che fra gli insegnanti c'è chi fa il gallerista, chi fa l'albergatore, chi fa l'agricoltore, chi fa il politico, chi fa il commerciante, fa tante attività, chi fa la donna di casa e tante altre cose, oltre, e che l'insegnamento. L'insegnamento è talvolta, ma non sempre grazie a Dio, una forma di attività a lato di altri interessi. In questa situazione ancora esistente è difficile spesso trovare gli insegnanti, ma anche l'insegnante gratificato dalla sua professione e posizione sociale è difficile che rinunci alla possibilità di studiare, di approfondire, che gli dà l'insegnamento rispetto alle 38 ore cui sarebbe costretto se entra nell'istituto pedagogico e agli 11 mesi di lavoro a cui sarebbe costretto se entra nell'istituto pedagogico. E se non troviamo delle forme di incentivazione, la possibilità di pagare gli straordinari, cioè un riconoscimento economico e di carriera, è difficile occupare questi posti. Ce lo insegnano quegli IRSAE che già esistono, i quali spesso vanno in vacanza con la scuola e riaprono con la scuola. Ma non è questo l'IRSAE che noi vogliamo.

Su questi temi ci dobbiamo confrontare per dirci qual è effettivamente la proiezione della scuola, se crediamo alla scuola società o se crediamo alla scuola insegnanti: io credo alla scuola società in cui gli insegnanti hanno un loro ruolo, ma non è l'unico ruolo che può svolgere la scuola.

Per quello che riguarda la conflittualità fra la Giunta provinciale e il Consiglio scolastico provinciale, io non ho mai vissuto questa conflittualità e credo neppure il collega Zelger. Vero è che il Consiglio scolastico provinciale, forse perché chi è arrivato lì è arrivato dopo un'esperienza di insegnamento che è esclusiva, talvolta molto individuale e spesso non rapportata ad un confronto diuturno con la società e con i colleghi - non voglio qui ricordare quello che diceva il mio professore di educazione fisica a proposito di un certo tipo di scuola -, ma è normale che all'interno di un organo di 70 persone che non ha un'estrazione omogenea, ma plurima di tutti e tre i gruppi linguistici, si dibatta e quando si trovano delle intese qualcuno non si riconosca più nell'intesa che ha appena votato, perché è normale che chi non ha così profonda una sensibilità democratica al confronto, al dibattito, quando ha deciso crede che quella decisione sia definitiva anche se consultiva. Ma noi che sappiamo molto bene che le nostre decisioni prima di diventare definitive hanno bisogno del vaglio degli uffici, del consenso dei colleghi di Giunta, e poi magari come oggi del consenso del Consiglio e poi di quello del

Governo, sappiamo molto bene che il grano che portiamo ad una decisione é un grano rispetto al sacco, se la decisione rappresenta il sacco, e quindi é un momento, ma non il momento definitivo. Certo, per me - l'ho scritto nella lettera al Consiglio scolastico provinciale - ci deve essere la consapevolezza che il Consiglio scolastico provinciale é un organo consultivo e che quindi le sue opinioni hanno ancora da subire il vaglio di coloro che hanno le responsabilità e se le prendono, e che tesaurizzano le opinioni del Consiglio scolastico provinciale, ma mantengono anche la propria libertà e la propria indipendenza. Come dice D'Ambrosio, la Provincia non può essere la carta assorbente del Governo, e credo che il mio intervento sia tutto improntato a far capire che abbiamo questa attenzione, per cui non può mai e tanto più accadere che la Giunta provinciale sia la carta assorbente del Consiglio scolastico provinciale, ma proprio perché siamo preoccupati che può accadere che talvolta l'opinione dei tre intendenti venga diluita all'interno di un organo di 70 persone e pur avendo delle ragioni valide sotto il profilo della loro esperienza e della loro professionalità queste argomentazioni non vengano tenute nel dovuto conto, noi abbiamo ritenuto di fare quell'emendamento che abbiamo fatto.

Pensate che il Consiglio scolastico voleva quello che qualcuno ha suggerito e ha presentato un emendamento, che a mio avviso é contro la logica e la tradizione del partito, per esempio Langer, a cui ti sei recentemente iscritto: leggo sul giornale che sei diventato anche radicale: é contro la logica del partito radicale quella di fare degli organi consultivi, degli organi che assorbono i poteri degli organi democratici quali sono la Giunta e il Consiglio provinciale. E' contro, lo so che hai da imparare molte cose, ma io mi permetto di dirtele credo in un modo molto democratico a livello pubblico, perché questo tuo emendamento, dove dici che dobbiamo assumere il parere conformemente a quello del Consiglio fa di noi un passacarte, noi che crediamo che la democrazia sia altro, il partito radicale per le battaglie che ha fatto ritiene, rispetto a te, che la democrazia sia altro, anche se naturalmente non condivido quasi tutto di quello che fa il partito radicale.

MITOLO (MSI-DN): Comunque adesso si scioglie il partito radicale!

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): E questa é un'altra di quelle abilità di campagna che sta facendo per diventare più grosso. Comunque io sono contento che non si sciolga, perché sennó questi non si sa più dove vanno a finire o forse si sa troppo bene dove vanno a finire e a chi sono complementari. E non penso a voi certamente, collega D'Ambrosio.

CONSIGLIERI: (Interrompono - unterbrechen)

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Credo proprio di non essere ermetico. Questa é la posizione in rapporto al Consiglio scolastico provinciale con la consapevolezza che il nostro atteggiamento é un atteggiamento di chiarezza, non demagogico.

Per quello che riguarda una preoccupazione che era emersa e cioè quella delle gite, delle attività didattiche esterne alla scuola, credo di aver risposto implicitamente quando abbiamo detto che con il decreto questa materia verrà regolamentata. Debbo ritenere, per la sensibilità che anche in passato si é dimostrata, che accadrá senz'altro che si troveranno gli spazi temporali per garantire l'effettuazione di queste attività, in modo tale che la scuola non ne scapiti, ma in modo tale che la scuola venga valorizzata. Non si tratta di un passo indietro, ma si tratta di un passo coerente con il passato, coerente con quello che fino ad oggi si é fatto a livello di Provincia autonoma di Bolzano.

Con questo concludo il mio intervento sul dibattito generale ed eventualmente mi riprometto di intervenire successivamente nella trattazione degli articoli, ma soprattutto in quella dei commi, dato che questi commi saranno poi anche valutati.

ZELGER (Landesrat für Schule und Kultur - SVP): Sehr geehrte Frau Präsident, meine sehr verehrten Kollegen! Wer hätte je gedacht, zumindestens ich nicht, daß ein so kleines Gesetzlein, das einen Rahmen schafft für etwas, was erst zu kommen hat, eine so umfangreiche Diskussion heraufbeschwören würde. Aber es ist immer wieder gut, daß man in diesem Hohen Hause auch über die Schule ausgiebig spricht. Das ist für mich ein Beweis, daß Interesse an der Schule besteht und daß die Schule unter einem pluralistischen Gesichtspunkt gesehen werden muß. Auch ist Kritik am Schulwesen geübt worden und ich gehe von vornherein konform mit all jenen, die ausgesagt haben, daß so manches zu Recht zu kritisieren ist, besonders auch im Zusammenhang mit dieser Gesetzesvorlage bzw. im Zusammenhang mit anderen Dingen, von denen ich noch zu reden haben werde.

Ich möchte meine Ausführungen aber so beginnen, wie Kollegin Klotz sie begonnen hat: Es ist nun einmal eine Tatsache, wir in Südtirol haben keine Schulautonomie, wir haben nicht die Schulhoheit, die beispielsweise ein Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland hat. Wir haben eine brauchbare Schulverwaltung, die uns in primärer Kompetenz so manches erlaubt zu tun und die uns zum anderen in sekundärer Kompetenz auch wiederum erlaubt, so manches in einem gewissen Rahmen zu tun. Ich glaube, davon müssen wir ausgehen und bei dieser Gesetzesvorlage befinden wir uns hundertprozentig in der sekundären Gesetzgebungskompetenz und nicht in der primären. Das müssen wir immer ein bißchen vor Augen haben, wenn wir beginnen Gesetze zu schmieden im Rahmen unseres Schulsystem.

Kollege Ferretti hat vieles ausgesagt, Allgemeines und auch Spezifisches. Ich werde versuchen, ihn in nichts zu wiederholen, wobei ich allerdings betonen möchte, daß meine Gesichtspunkte sich nicht unbedingt in allem mit seinen Ausführungen decken müssen.

Dabei ist man heute vormittag bei allem guten Willen weit über das Ziel hinausgegangen, was diese Gesetzesvorlage in Wirklichkeit beinhaltet, aber das mag ja gut sein. Meinerseits möchte ich diese meine Intervention in zwei Teile teilen: zum ersten eine Erläuterung zur Gesetzesvorlage als solcher geben, mit manchen Kommentaren meinerseits, zum anderen zusammenfassend eine Stellungnahme abgeben zu gewissen Ausführungen, die hier angeklungen sind, so z.B. zum Verhältnis Landesausschuß-Landes-schulrat, Beschäftigung der Lehrer vom 1. September bis zum effektiven Schulbeginn, pädagogisches Institut usw.

So mancher vielleicht fragt sich, wieso kommt das Land überhaupt zur Auffassung, über den Sachbereich Schulkalender befinden zu können, wo steht das eigentlich geschrieben? Ich glaube, die Kompetenz läßt sich immer nur ableiten von den Durchführungsbestimmungen zur Schule, sprich D.P.R. 116 vom Jahre 1973. Dort ist im ersten Artikel - und dies ist der fundamentale Artikel - "explicitis verbis" ausgesagt, daß die Verwaltung der Schule von den zentralen und peripheren Staatsorganen an das Land übergeht, so daß das Land bereits schon einmal seine Kompetenz aus diesem Artikel abgeleitet hat, und zwar im Jahre 1979. Damals wurde in diesem Raum über den Schulkalender befunden, zu einer Zeit, als es noch kein spezifisches Gesetz des Staates zum Schulkalender gab wie jetzt, sondern wo nur eine Aussage allgemeiner Art vorgegeben war, wonach die Schule 215 effektive Schultage umfassen müsse, im übrigen aber dem Land ein gewisser Freiraum zur Verfügung stand. Ansonsten war an und für sich von seiten des Staates gar nichts an Hinweisen vorgegeben. Im Jahre 1979 haben wir also unsere Kompetenz von genannter Durchführungsbestimmung abgeleitet und haben das bestehende Landesgesetz Nr. 13 geschmiedet, das Sie alle kennen, und in welchem unter anderem auch der Schulkalender drinnen ist und nur der Teil wird mit der vorliegenden Gesetzesvorlage abgeändert, wobei alle anderen Maßnahmen aus dem Jahre 1979 aufrechtbleiben, so unsere Kompetenz zur Festlegung von Kriterien hinsichtlich Regelung der Schulausflüge oder, was sicher nicht von allzugroßer Bedeutung ist, aber es mußte auch geregelt werden, die Erstellung von Texten zu den Diplomen, welche die Schulen verleihen, und zwar so, daß diese Diplome auch im ganzen Staatsgebiet anerkannt werden. Das ist alles mit dem Gesetz aus dem Jahre 1979 geregelt. Und nun schneit es plötzlich zum 9. August dieses Jahres ein neues Staatsgesetz herein, mit welchem Verschiedenes angesprochen wird, was der Staat neu für sich regelt und was einer Erläuterung bedarf.

Der Staat spricht von 200 Schultagen, was einer Reduzierung von 15 Tagen gegenüber den 215 Schultagen von früher entspricht. Dazu folgendes. Welches der Grund gewesen sein mag für diese Reduzierung weiß auch ich nicht. Man kann so manches vermuten. Man kann das vermuten, was Kollege Langer gemeint hat, um den Hoteliers entgegenzukommen; man kann aber auch der Meinung sein, daß das Ganze beschlossen worden ist im Rahmen dessen, was in Europa ungefähr gang und gäbe ist. Allerdings muß ich aufgrund der letzten Daten, die ich bekommen habe, mich in etwa gegenüber dem, was ich in der Gesetzgebungskommission ausgesagt habe, dahingehend korrigieren,

daß hinsichtlich der effektiven Schultage in anderen Staaten die Dinge besser liegen als in Italien. Dabei muß allerdings gesagt werden, wie es auch schon erwähnt wurde - ich glaube vom Kollegen D'Ambrosio -, daß man anderswo mit 45-Minuten-Stunden rechnet, im Staat Italien aber mit 50- oder 55-Minuten-Stunden zu rechnen ist, wobei es allerdings immer auch wieder vorkommt, daß mitunter auch nur mit 45-Minuten-Stunden gerechnet wird. Die Norm ist 50 Minuten. Aber hören Sie sich einmal an, von welcher Dauer in anderen Staaten die Schultage sind, zumal da ich in der Gesetzeskommission gebeten worden bin, ergänzende Recherchen dazu anzustellen. In Japan gibt es 305 Schultage, in der USA 250, in Rußland 250, in der Schweiz zwischen 245 und 260 je nach Kanton, weil es dort die kantonale Oberhoheit gibt, in der Bundesrepublik Deutschland 245 so wie in Holland, in Österreich und Jugoslawien 235 Tage, in England 225, aber überall Unterrichtseinheiten zu 45 Minuten, in Schweden 215, in Frankreich 210, in Italien 200 und in der Türkei gar nur 180. Das sind die Daten, die ich erheben konnte. Daraus kann man ersehen, daß die Anzahl der effektiven Schultage sehr variiert, dazu auch die Unterrichtseinheit von 45 bis 50 und 55 Minuten. Nun bin ich allerdings der Meinung, daß es nicht unbedingt das Schwerwiegenste ist, ob es nun 200 effektive Schultage gibt oder 215 wie bisher oder auch noch mehr. Ich bin nämlich der Auffassung, daß es in erster Linie von der Güte der Lehrprogramme und von der Leistung der Lehrer abhängt, was die Güte einer Schule ausmacht. Ich bin nämlich schon davon überzeugt, daß gute Programme, und zwar möchte ich meinen gute curriculare Programme, besser sind als sogenannte Rahmenprogramme. In Italien haben wir nur Rahmenprogramme. Wenn Sie nach Österreich oder nach der Bundesrepublik Deutschland schauen, dann sehen Sie, daß überall mit curricularen Programmen, d.h. mit Detailprogrammen, an die sich der Lehrer zu halten hat, gearbeitet wird, währenddem in Italien über Rahmenprogramme die Lehrerfreiheit und die Lehrfreiheit besonders groß geschrieben werden. Also wir brauchen gute Programme. Da kann aber sofort angesetzt werden mit der Aussage, daß die bestehenden Schul- und Lehrprogramme weitgehendst überholt sind. Positiv sei aber auch hinzugefügt, daß wir beispielsweise von seiten des Staates bereits neue Volksschulprogramme haben, die mit kommendem Schuljahr in Kraft treten werden und wir uns beeilen werden müssen, um bis dorthin unsere eigenen Volksschulprogramme fertigzustellen. Was in den Oberschulen an neuen Programmen ansteht, ist mir nicht bekannt, daß neue Programme in Sicht wären, wohl eine Oberschulreform, aber von neuen Programmen ist mir nichts bekannt.

Fürs nächste brauchen wir gut ausgebildete Lehrer. Wir haben Lehrer, die ein beachtliches Fachwissen haben und pädagogisch gut ausgebildet sind; wir haben aber auch eine beachtliche Anzahl von Lehrern, die keine didaktisch-pädagogische Ausbildung genossen haben und trotzdem unterrichten. Ich glaube, es ist ein Unterschied, ob ein Lehrer im Zuge seiner Ausbildung neben dem Fachwissen, das er zu erwerben hat, auch eine gute pädagogische, didaktische, methodische Ausbildung erhält oder nicht.

Gott sei Dank ist dies der Fall für alle jene, die in Österreich studieren, und zwar auf das Lehramt sich vorbereiten und nicht das Diplomstudium gewählt haben, das in Italien auch gleich anerkannt ist. Deshalb, so meine ich, muß es eine unserer Hauptaufgaben sein, daß wir uns mit der Weiterbildung der Lehrer intensiv beschäftigen und daß wir besonders die Zeit ausnützen zur Weiterbildung, die nun gegeben ist zwischen dem 1. September und dem effektiven Schulbeginn eines jeden Jahres.

Was ist aber noch neu im neuen Staatsgesetz? Für den Staat ist weiterhin neu - und das war der Konfliktstoff unter den Parteien, weshalb das Gesetz ein zweites Mal in den Senat mußte -, daß den Schulen die Möglichkeit gegeben werden soll, ihre Tätigkeit einzuteilen in Semester oder in Trimester. Das ist neu für den Staat, für uns nicht, wir hatten bereits im Jahre 1979 die Möglichkeit zur Wahl im Landesgesetz.

Aber nun etwas zum Schulbeginn. Da, glaube ich, kann man von einem dreifachen Beginn reden. Erstens einmal muß man das juristische Schuljahr sehen, das jeweils vom 1. September bis zum nächstfolgenden 31. August geht, früher vom 10. September bis 9. September des nächstfolgenden Jahres. Sodann ist ein zweiter Beginn des Schuljahres zu sehen, der nur für die Lehrer zutrifft: für sie beginnt das Schuljahr als Arbeitsjahr mit der Ausübung der Unterrichtsgestaltung und deren Vorbereitungsarbeiten bereits jeweils am 1. September eines jeden Jahres und geht bis zum 30. Juni des nächstfolgenden Jahres. In diese Zeit fällt außer der Unterrichtstätigkeit alles hinein, was wir den Schulbetrieb nennen: die Abwicklung der Nachprüfungen, die Erstellung des Jahreslehrprogrammes, womöglich im Detail, je nachdem wie der Direktor es wünscht, und schließlich auch die Weiterbildung. Und schließlich der dritte Schulbeginn, der eigentliche Schulbeginn. Hier sind Kompetenzen, die beim Staat und bei uns verschieden gelagert werden, denn der Staat hat in diesem Bereich seine Kompetenzen abgegeben, d.h. er hat gewisse Befugnisse an die Regionen dezentralisiert. Für sich behalten hat er die Festlegung des Termins für das Ende des Schuljahres. Das scheint mir sinnvoll zu sein, und zwar aus dem einfachen Grunde, daß ja das Datum der Maturaprüfungen für ganz Italien einheitlich festgelegt sein muß, was ein einheitliches Unterrichtsende zur Voraussetzung hat. Also wenn die Maturaprüfungen einheitlich für das ganze Staatsterritorium festzulegen sind, dann muß auch der Schulschluß einheitlich festgelegt werden. Und das ist geschehen. Das ist das eine, was der Staat sich vorbehalten hat.

Der zweite Kompetenzbereich, den sich der Staat vorbehalten hat, ist die Einteilung der Ferialtage während der Unterrichtszeit. Für ganz Italien, mit Ausnahme von Südtirol, legt nämlich das Unterrichtsministerium in Rom fest, wann schulfrei ist und wann nicht. In Südtirol besorgt dies der Landesausschuß. Drittens, was sich der Staat auch vorbehalten hat, ist der Prüfungskalender, der eine gewisse Zeit umfassen muß; und schließlich auch die Termine zur Bewertung der Schüler - immer für ganz Italien. Was er nicht für sich behalten hat, ist die Festlegung der jeweiligen Unterrichtsbeginne. Diese Kompetenz hat er abgegeben, und zwar an die regio-

nen Schulamtsleiter, die es - außer bei uns - in jeder Region gibt und die nicht zu verwechseln sind mit den sogenannten "provveditori". Die "sovrintendenti regionali" bestimmen nun den Unterrichtsbeginn in ihrer Region, nachdem sie vorher Vorschläge seitens der Regionalregierung und der einzelnen provinziellen Schulräte eingeholt haben. Sie erinnern sich sicher noch daran, daß beispielsweise die Provinz Trient den Vorschlag gemacht hat, den Unterrichtsbeginn zum 22. September festzulegen, der zuständige Regionalschulamtsleiter des Veneto hingegen für das ganze Gebiet Veneto, wozu auch die Provinz Trient gehört, den 18. September festgelegt hat.

Warum aber sollen die regionalen Schulamtsleiter diese Kompetenz haben? Das ist für mich schon irgendwie sinnvoll. Endlich denkt man auch in Italien daran, die Ferien von Region zu Region, zwischen Norden und Süden, je nach klimatischen Bedingungen und touristischen Voraussetzungen verschieden zu gestalten, so wie es in der Bundesrepublik beispielsweise schon längst der Fall ist. Dort beginnen die an einem anderen Tag das Unterrichtsjahr als etwa in Hessen usw. Das ist also der Sinn, warum man diese Kompetenz vom Ministerium abgegeben hat an die regionalen Schulamtsleiter. Bei uns in Südtirol liegen die Dinge anders: alle Kompetenzen, die das Ministerium für sich behalten hat bzw. die Kompetenzen, die den regionalen Schulamtsleitern zugeordnet sind, sind aufgrund dessen, was ich eingangs gesagt habe, im Zuge der Durchführungsbestimmungen zur Schule, an den Landesausschuß übergegangen. Ich brauche das alles nicht aufzuzählen, es ist genügend bekannt. Soviel zur Erläuterung des neuen Staatsgesetzes und was wir daraus machen wollen.

Nun aber zum zweiten Teil meiner Aussage, also einige Bemerkungen zu den angesprochenen Problemen, wie sie heute vormittag und am Nachmittag hier angeklungen sind. Ich beginne vielleicht mit dem einfachsten, obwohl es sehr viel Staub aufgewirbelt hat, aber für mich das einfachste ist. Da und dort wurde nämlich ausgesagt, die Lehrer seien zum ersten September in die Schule beordert worden und hätten nicht gewußt, was anfangen. Ich gebe von vornherein zu - ich werde aber auch die Gründe anführen -, es ist so manches nicht richtig gelaufen in der Beschäftigung der Lehrer. Aber warum ist es nicht richtig gelaufen? Einfach deshalb, weil ein Gesetz am 9. August verabschiedet worden ist, zu einer Zeit, wo der gesamte Betrieb ruht. Ich möchte wissen, welches Schulamt in der Lage ist, mitten in den Augustferien für 1. September ein Weiterbildungsprogramm, sei es auf Landesebene, auf Bezirksebene, oder auf Schulebene anzubieten und woher sollen in so kurzer Zeit Referenten, die etwas bieten können, gefunden werden? Darin lagen die Schwierigkeiten, daß weder das Schulamt noch die einzelnen Schulen selbst und auch nicht die Herren Direktoren in der Lage waren, die Weiterbildung der Lehrer so effizient zu betreiben, wie sie höchstnotwendig wäre. Da wird man für ein kommendes Jahr - ich bin der Meinung, daß man nicht erst am 18. September anfangen soll, sondern auch früher - wirklich trachten müssen, ein gediegenes Weiterbildungsprogramm anzubieten. Dabei ist es meines Ermessens völlig falsch,

wenn verschiedene Lehrervereinigungen und Gewerkschaften dem Schulamtsleiter alle Schuld in die Schuhe schieben, weil er das unterrichtende Personal zum 1. September aus den Ferien geholt hat. Der Schulamtsleiter hat gar nichts anderes getan, als daß er der Anweisung nachgekommen ist, wie sie im Rundschreiben des Ministeriums und im neuen Gesetz enthalten ist: am 1. September hat der Betrieb zu didaktischen Tätigkeiten nicht zum Unterricht, sondern zur Weiterbildung der Lehrpersonen zu beginnen. Dabei hat es Direktoren gegeben, die es sehr ordentlich gemacht haben, andere wiederum haben sich über das Rundschreiben des Schulamtsleiters hinweggesetzt und wieder andere haben es zu genau genommen, indem sie einfach die Lehrer in der Schule haben wollten. Summa summarum sind wir aber sicher richtig orientiert, wenn wir ein anderes Jahr den Schulbeginn nicht zum 18. September festlegen, sondern beim 15. September bleiben und dabei in dieser Zeit weitgehend Weiterbildung betreiben.

Ein anderes Thema: Verhältnis Landesschulrat-Landesausschuß. Auszugehen ist hier von der Tatsache, daß der Landesschulrat in diesem Zusammenhang lediglich die Aufgabe hat, Vorschläge zu unterbreiten, was er getan hat, auch im Einklang mit den Vorstellungen der drei Assessoren. Die Entscheidung kann aber nur beim Landesausschuß liegen. Dieser hat auch eine gründliche Diskussion abgeführt und entsprechende Abstimmungen durchgeführt. Ein Vorschlag war der 15. September, ein anderer Vorschlag der 18. September und ein dritter Vorschlag so wie im Landesschulrat der 22. September. Abstimmungen sind zum 15. und zum 18. September durchgeführt worden. Nachdem ich aber mit meinem Vorschlag 15. September zusammen mit anderen Kollegen unterlegen bin, habe ich, um mindestens den 18. September zu retten, diesem Termin zugestimmt, so daß ein einstimmiger Beschluß zustande gekommen ist.

Es ist auch vielfach gesagt worden, der Landesschulrat stünde fast durchwegs im Widerstreit zum Landesausschuß. Hier sitzt ein Mann, Herr Kollege Tribus, der auch im Landesschulrat Sitz und Stimme hat, und der bestätigen kann, was ich nun ausführe. Ich habe mir die Gutachten des Landesschulrates und die dazugehörigen Beschlüsse des Landesausschusses gut angesehen und festgestellt, daß sehr häufig der Landesausschuß genau das getan hat, was der Landesschulrat vorgeschlagen hat. Die letzten Jahre ist der Termin des Schulkalenders, so wie der Landesschulrat ihn vorgeschlagen hat, vom Landesausschuß angenommen worden. Alles, was die Schulfürsorgemaßnahmen anbelangt, wie auch deren Jahresprogramm und die Kriterien zur Vergabe von Stipendien, wurde immer so angenommen, wie vom Landesschulrat vorgeschlagen. Sodann die Kriterien zu den Schulausflügen: da bin ich dem Landesschulrat heute noch dankbar für die Verbesserungsvorschläge, die summa summarum zu 95% vom Landesausschuß angenommen wurden, Kriterien, die heute allgemein hier gelobt worden sind. Dazu aber später noch etwas. Wo aber die Geister sich völlig geschieden haben, das war die Gesetzesvorlage zum "Pädagogischen Institut". Da hat der Landesausschuß aber bis heute überhaupt keine Entscheidung getroffen. Bisher haben die drei Assessoren lediglich eine Gesetzesvorlage vorgelegt, die

vom Landesschulrat mit großer Mehrheit abgelehnt worden ist. Das heißt aber noch lange nicht, daß der Landesausschuß das anzunehmen hat, was in der Gesetzesvorlage enthalten ist und abgelehnt wurde. Der Landesausschuß wird sich in nächster Zeit mit diesem Problem zu befassen haben. Was dabei herauskommt, weiß ich nicht. Sicher wird sich vorher auch die SVP--Fraktion mit der Angelegenheit zu befassen haben. Was aber das Klima ganz allgemein zwischen Landesausschuß und Landesschulrat anbelangt, hat gerade jetzt, während ich spreche, eine Aussprache begonnen zwischen Exponenten des Landesschulrates und den drei Assessoren, bei der ich leider vor derhand nicht dabei sein kann. Ich habe nämlich noch nicht die Eigenschaft da und dort zugleich anwesend zu sein. Das hat zwar ein heiliger Antonius fertiggebracht; ich heiße zwar Antonius, aber ich bringe es nicht fertig!

ABGEORNETE: (Unterbrechen - interrompono)

ZELGER (Landesrat für Schule und Kultur - SVP): Nun, nochmals zurück zu den Schulausflügen. Ich habe vorhin bereits erwähnt, daß die erarbeiteten und vom Landesausschuß erlassenen Kriterien zu den Schulausflügen allgemein begrüßt worden sind. Nur habe ich jetzt die große Befürchtung, ob wir noch imstande sind, diese Kriterien auch anzuwenden. Warum? Für das übrige Staatsgebiet hat nämlich die Frau Minister verfügt, daß während der 200 effektiven Schultage keine Schulausflüge mehr durchgeführt werden dürfen. Es können nur mehr sogenannte Lehrausgänge angesetzt werden, die von Fall zu Fall eng mit dem Lehrprogramm, das der Lehrer gerade im Unterricht behandelt, im Zusammenhang stehen müssen, die aber nie einen Tag überschreiten dürfen, andererseits jedoch öfters während des Unterrichts gemacht werden dürfen. So die Regelung für Gesamtitalien. Alles, was die sogenannten Maiausflüge, Maturareisen usw. anbelangt, ist auf gesamtstaatlichem Gebiet - ausgenommen Südtirol - derzeit so geregelt, daß diese Art von Ausflügen wohl durchgeführt werden können, nicht aber innerhalb der 200 effektiven Schultage, sondern während der Ferien. Es wird nun von der Erstellung unseres Schulkalenders abhängen, wie wir das alles nun vergeben wollen, bzw. was wir auf Grund unserer Kriterien machen können. Vielleicht ist es doch sinnvoll, zu den 200 Schultagen einige wenige dazuzugeben, damit die traditionellen Ausflüge stattfinden können. Über das "Wie" möchte ich mich in diesem Augenblick gar nicht äußern, ob man die schulfreien Tage von den Ferien abzuziehen hat oder ob man doch bei den 200 Tagen ansetzen kann. Ich persönlich bin eher der Meinung, die 200 effektiven Schultage so zu belassen, wie sie sind und nicht noch aus diesen wenigen effektiven Schultagen Maiausflüge, Maturareisen und weiß Gott noch was alles zu machen.

Frau Kollegin Barbiero hat sodann auch das "Pädagogische Institut" unter anderem aufs Korn genommen. Kollegin Barbiero, ich habe versucht, Sie während Ihren Ausführungen zu unterbrechen, um Ihnen die Frage zu stellen, wieviel Jahre die Gesetzesvorlage eigentlich unterwegs ist,

nachdem Sie die Aussage getan haben, daß sie bereits allzulange auf sich warten läßt. Sie haben eine ausweichende Antwort gegeben. Sehen Sie, Frau Barbiero, diesen Fragenkomplex muß man unter einem zweifachen Aspekt sehen. Eines ist das Staatsgesetz aus dem Jahre 1974, das uns nicht interessiert. Es hatte uns nie zu interessieren, weil wir mit diesem Gesetz von vornherein nie einverstanden sein konnten, sondern immer darauf hingearbeitet haben, daß mit neuen Durchführungsbestimmungen zur Schule eine eigene Regelung zur Errichtung der "Pädagogischen Institute" in der Provinz Bozen getroffen wurde. Und diese Neuregelung hat stattgefunden. Wir müssen vom Jahr 1981 ausgehen. Im genannten Jahr sind neue Durchführungsbestimmungen zur Schule erlassen worden, in denen fast alles aufgenommen wurde, was im 74er Gesetz für die Provinz Bozen nicht vorgegeben war, und zwar, daß das Land die "Pädagogischen Institute" zu errichten hat und nicht der Staat, daß es ein oder mehrere "Pädagogische Institute" in der Provinz Bozen geben kann und nicht nur eines, wie es im ursprünglichen 74er Gesetz vorgesehen ist. Dem allen ist in der neuen Gesetzesvorlage Rechnung getragen, so daß wir morgen drei "Pädagogische Institute", je eines pro Sprachgruppe, haben werden. Auch was die Zusammensetzung des jeweiligen Direktoriums dieser Institute anbelangt, ist in unseren Vorschlägen nicht das enthalten, was im Staatsgesetz vorgesehen ist, nämlich, daß die Mehrheit der Mitglieder vom Ministerium direkt oder indirekt gestellt werden. Solche Mehrheiten sind bei uns nicht vorgesehen, da sind wir etwas demokratischer, wenngleich auch immer wieder gesagt wird, daß unser "Pädagogisches Institut" viel schlechter ausfallen würde als jenes des Staates. Unser Vorschlag war auch, daß neben dem abkommandierten Staatspersonal auch andere Personen fix angestellt werden sollten, um die Kontinuität aufrechtzuerhalten. Denn, sagen Sie mir einmal, wie ein "Pädagogisches Institut" funktionieren soll, wenn es nur mit abkommandiertem Personal arbeiten kann, das zudem keine zusätzliche Besoldung für diese Arbeit bekommt. Ich möchte wissen, welcher gute Lehrer oder Direktor, der beispielsweise in Innichen oder in Mals oder einerlei wo sitzt, bereit ist, nach Bozen zu kommen, mit dem gleichen Gehalt, das er als Lehrer am Heimatort hat. Das ist eine Utopie und auch der Hauptgrund, warum fast alle "Pädagogischen Institute" in Italien nicht funktionieren. Wir haben dieses zusätzliche Personal auch verlangt, haben es aber in der gewünschten Form nicht bekommen, aber darüber werden wir reden, wenn die Behauptung der Gesetzesvorlage in etwa einem Monat über die Bühne gehen wird. Was wir verlangen müssen, ist, daß Möglichkeiten geschaffen werden müssen, damit dem abkommandierten Personal eine Zulage gegeben werden kann, wenn es nach Bozen, wo die Institute ihren Sitz haben werden, kommt. Heute kann ich Ihnen nur sagen, daß diese "Pädagogischen Institute" sicher noch im Jahr 1986 diesem Landtag vorgelegt werden. Ob sie noch heuer diskutiert werden, ist fraglich. Jedenfalls gehen meine Bemühungen und die meiner Kollegen dahin, daß die Gesetzesvorlage rechtzeitig in den Landtag gebracht wird und daß das Gesetz zum Herbst nächsten Jahres zur Anwendung kommt.

Ich bin so ziemlich am Schluß. Vielleicht noch eines, was so unter Verschiedenes läuft. Da ist erstens die Frage der Stellung der Schulamtsleiter und des Hauptschulamtsleiters zueinander aufgetaucht. Hier gehen die Meinungen zwischen dem Kollegen Ferretti und mir auseinander. Schade, daß er nicht da ist! Was sind die Schulamtsleiter? Sie sind - die Aussage ist in den Durchführungbestimmungen zur Schule sehr genau enthalten - "provveditori". Sie haben alle drei die Kompetenzen eines "provveditore provinciale" auf Staatsebene. Dabei ist es sicher so, daß der Hauptschulamtsleiter etwas mehr an Befugnissen hat, was die anderen Schulamtsleiter nicht haben. So z.B. hat der Hauptschulamtsleiter die Befugnis, in den deutschen Schulen oder in den ladinischen Schulen hineinzugehen um zu sehen, ob alles zum Rechten bestellt ist. Was er aber nicht hat, ist die Kompetenz - und dies steht ausdrücklich in den Durchführungbestimmungen -, dem deutschen und dem ladinischen Schulamtsleiter irgendwie Weisungen zu erteilen. Er hat auch nicht die Kompetenz, etwas zu annullieren, was der deutsche oder der ladinische Schulamtsleiter vielleicht an Weisungen erlassen hat. Seine Aufgabe besteht lediglich darin, festzustellen, ob Ungesetzlichkeiten sich eingeschlichen haben, die es zu beheben gilt. Dann ist es seine Aufgabe, diese Unregelmäßigkeit zu melden, und zwar beim Staat, wenn ein Staatsgesetz verletzt worden ist, oder zum Lande hin, wenn ein Landesgesetz verletzt worden ist. Also weder Weisungsrecht noch Annullierungsrecht. Keine Aufsicht also, sondern lediglich Berichterstattung, wenn er etwas Unregelmäßiges feststellt. Dazu die Abfassung eines jährlichen Gesamtberichtes für Rom über das Gesamtschulwesen in unserem Lande.

Dann ist auch noch die Frage gestellt worden, ob das Gewicht des Gutachtens der drei Schulamtsleiter, die ein gemeinsames Gutachten abgeben, wengleich sie gleichzeitig auch Mitglieder des Landesschulrates sind, gleichgewichtig sein wird wie jenes des Landesschulrates. Sehen Sie, das kann ich Ihnen nicht sagen, das wird vom Landesausschuß abhängen, welchem Gutachten er die größere Bedeutung beimißt, das kann man von vornherein nicht sagen.

Zur Kollegin Barbiero noch etwas. Sie hat gemeint, dieses neue Staatsgesetz sei ja ganz gut gemeint, aber - und deshalb sei es eher mehr schlecht als gut - es beinhalte keine Aussage zur Qualifizierung der Schule im allgemeinen, auch nichts über die Güte unserer Schule usw. Kollegin Barbiero, das ist doch nicht in diesem gegebenen Falle die Aufgabe der Frau Minister Falcucci und der Regierung gewesen, ein Gesetz zu verabschieden, in welchem das alles enthalten ist. Das war ja niemals die Absicht, sondern dazu, glaube ich, sind Reformpläne noch und noch unterwegs. Die Frage ist nur, ob diese Reformpläne alle in dieser Legislatur auch noch zum Tragen kommen. Ich zähle nur einige auf, die unterwegs sind: die Oberschulreform, die ursprüngliche und die jetzt reduzierte nach Biennium usw.; die ganze Ausbildung der Volksschullehrer und der Kindergärtnerinnen, die Reform der Volksschule, die Reform der Maturaprüfungen, die Lehrprogramme und so fort. Glauben Sie nicht auch, daß viel unterwegs

ist. Wenn man das aber weiß - und Sie wissen es als Schulperson ganz genau -, dann kann man doch nicht die Aussage tun, daß die bestehende Regierung über die Qualität der heutigen Schule sich nicht Gedanken gemacht hätte. Ich glaube, das müssen wir positiv zur Kenntnis nehmen, daß nicht nur dieses Gesetzchen verabschiedet wurde, das sicher das leichteste von allen war, sondern daß eine Menge Reformpläne unterwegs sind, von denen ich geredet habe. Auch in Rom hat man verstanden, daß es mit der heutigen Schule schwer ist, in der heutigen Zeit noch Staat zu machen.

Damit bin ich am Ende. Diese Gesetzesvorlage, zugegeben, lehnt sich stark an das an, was der Staat gemacht hat, aber recht viel mehr, glaube ich, können wir uns nicht erwarten, nachdem wir "die zumindest 200 Tage" vorgegeben bekommen haben. Oder glauben Sie wirklich - das ist ja auch angeklungen -, daß wir imstande wären, zumal da in der Gesetzesvorlage es heißt, es müssen wenigstens 200 effektive Schultage eingeplant werden, daß wir beispielsweise unseren Lehrern, die ja Staatsangestellte sind - vergessen wir das nicht -, daß wir unseren Lehrern sagen, sie müßten, weil sie in Südtirol unterrichten, nicht 200 sondern 220 Schultage unterrichten? Glaubt Ihr, daß wir mit solchen Maßnahmen eine Revolution heraufbeschwören würden? Für meine Begriffe alles nicht denkbar. Deshalb, geben wir uns keinen Illusionen hin, daß wir uns weit von den 200 Tagen entfernen können. Somit möchte ich schließen. Es ist dies ein kleines Gesetzchen, mit großer Diskussion verbunden, aber es war gut, daß diese Diskussion auch stattgefunden hat. Was die Vorlage als solche anbelangt, ersehe ich um Ihre Zustimmung.

PRESIDENTE: Dichiaro chiusa la discussione generale. Pongo in votazione il passaggio alla discussione articolata: approvato a maggioranza con 3 voti contrari e due astensioni.

Art. 1

(1) L'art. 1 della legge provinciale 17 agosto 1979, n. 13, é sostituito dal seguente testo:

"(1) Nella scuola dell'obbligo e negli istituti di istruzione secondaria superiore ed artistica l'anno scolastico ha inizio il 1. settembre e termina il 31 agosto dell'anno successivo.

(2) Le attività didattiche, comprensive anche degli scrutini e degli esami, e quelle di aggiornamento, si svolgono nel periodo compreso tra il primo settembre ed il 30 giugno con eventuale conclusione nel mese di luglio degli esami di maturità.

(3) Allo svolgimento delle lezioni sono assegnati almeno 200 giorni.

(4) Ai fini della valutazione degli alunni l'anno scolastico é diviso in due o tre periodi in base a quanto stabilito dal Collegio dei docenti di ciascuna istituzione scolastica, sentito il parere del rispettivo Consiglio di circolo o di istituto. La relativa deliberazione, valida per tutte le classi della scuola, viene assunta dal Collegio dei docenti entro e non oltre le prime tre settimane dall'inizio delle lezioni.

(5) La Giunta provinciale, sentito il parere del Consiglio scolastico provinciale, nonché quello congiunto del Sovrintendente e degli intendenti scolastici, determina l'inizio e il termine delle attività didattiche e delle lezioni, le scadenze per le valutazioni periodiche ed il calendario degli esami, delle vacanze e delle eventuali ulteriori interruzioni delle lezioni.

(6) Gli esami di seconda sessione si svolgono dal 1 al 9 settembre. Lo svolgimento dei predetti esami costituisce prosecuzione dell'attività didattica relativa all'anno scolastico precedente. Nello stesso periodo, dal 1 al 9 settembre, hanno altresì luogo gli esami di idoneità e di qualifica in quanto non sostenuti nella precedente sessione.

(7) Nella determinazione del calendario scolastico per il Conservatorio di musica, la Giunta provinciale tiene conto delle particolari esigenze di detto tipo di scuola."

(1) Art. 1 des Landesgesetzes vom 17. August 1979, Nr. 13, ist durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"(1) In der Pflichtschule, der Oberschule und den Kunstlehranstalten beginnt das Schuljahr jeweils am 1. September und endet am 31. August des darauffolgenden Jahres.

(2) Die didaktischen Tätigkeiten, einschließlich der Bewertungen und der Prüfungen sowie der Weiterbildung, wickeln sich in der Zeit vom 1. September bis zum 30. Juni ab; die Reifeprüfungen können eventuell innerhalb des Monats Juli abgeschlossen werden.

(3) Die Unterrichtszeit muß mindestens 200 Schultage umfassen.

(4) Für die Bewertung der Schüler wird das Schuljahr in zwei oder drei Abschnitte eingeteilt; die Entscheidung darüber trifft das jeweilige Lehrerkollegium nach Anhören des zuständigen Schulrates des Sprengels bzw. der Anstalt. Der entsprechende Beschluß wird vom Lehrerkollegium innerhalb der ersten drei Unterrichtswochen gefaßt und gilt für alle Klassen einer Schule.

(5) Der Landesausschuß legt - nach Einholen des Gutachtens des Landeschulrates sowie eines gemeinsamen Gutachtens des Hauptschulamtsleiters und der Schulamtsleiter - Beginn und Ende der didaktischen Tätigkeiten sowie des Unterrichts, die Termine für die Bewertungen, den Prüfungskalender, die Ferien sowie eventuelle weitere Unterbrechungen des Unterrichts fest.

(6) Die Nachprüfungen finden jeweils zwischen dem 1. und 9. September statt. Die Abwicklung der genannten Prüfungen gilt als Fortsetzung der didaktischen Tätigkeiten des vorhergehenden Schuljahres. Im Zeitraum vom 1. bis 9. September finden auch die Eignungs- und Fachprüfungen statt, sofern sie nicht in der vorhergehenden Prüfungssession abgelegt worden sind.

(7) Der Schulkalender für das Konservatorium wird vom Landesausschuß unter Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse dieses Schultyps festgelegt."

Emendamento all'art. 1, punto 5), presentato dai consiglieri Langer e Tribus: dopo la parola "pareri" inserire la parola "vincolante".

Art. 1, Punkt 5: vor dem Wort "Gutachtens" ist das Wort "bindenden" einzufügen.

Chi chiede la parola sull'emendamento? Consigliere Tribus.

TRIBUS (AS): Herr Landesrat, es ist klar, daß diese unsere Abänderung sich nun auf den zweiten Text bezieht, den die Landesräte eingereicht haben. Es gibt auch einen Vorschlag der drei Landesräte, der den fünften Absatz verändert, also bezieht sich jetzt unsere Änderung auch auf den neuen Artikel.

ABGEORDNETER: (Unterbricht)

TRIBUS (AS): Es kommt halt dazu, daß die Gutachten, die eingeholt werden, auf die Schulamtsleiter ausgeweitet werden.

ABGEORDNETER: (Unterbricht)

TRIBUS (AS): Gut, aber im Text steht das nicht drinnen, im Text, der uns vorliegt.

ABGEORDNETE: Im Bericht der Kommission auf Seite 2!

TRIBUS (AS): Den habe ich nicht da, ist aber gleich.

Unser Vorschlag ist folgender. Heute ist sehr viel diskutiert worden über den Landesschulrat und über die Frustrationen, die innerhalb des Landesschulrates aufgetaucht sind, die auch dazu geführt haben, wie auch dem Landesrat bekannt sein wird, daß bei der letzten Sitzung eine Protestaktion stattgefunden hat, die darin bestand, daß man die Sitzung verlassen hat, bis nicht ein klärendes Wort von seiten des Landeshauptmannes und der zuständigen Landesräte erfolgt. Natürlich bin ich mir voll bewußt, daß der Landesschulrat ausschließlich eine beratende Funktion hat und es wäre falsch, so zu tun, als müßte jetzt darüber hinausgegangen werden. Ich bin auch überzeugt, daß das stimmt, was Landesrat Ferretti sagt, es wäre nicht gut, wenn in allen Kompetenzen, die der Landesschulrat hat, die Vorschläge bindend sein müssen, weil es ja um Grundsatzentscheidungen geht, die der politischen Autorität überlassen bleiben müssen. Wir sind aber auch der Meinung, daß es durchwegs möglich wäre, dem Landesschulrat einige Kompetenzen abzutreten, über die er dann tatsächlich eine Befugnis hat, die bindend sein kann. Wir sind z.B. der Meinung, daß gerade die Sache des Schulkalenders ein solcher Punkt wäre, weil er im Grunde eine technisch-pädagogische Angelegenheit ist, die man den Schulleuten überlassen kann, zumal in diesem Gremium neben einer Vielzahl von Lehrern auch die Vertreter der Wirtschaft sind. Natürlich ist es sehr eigenartig, daß in diesem Gremium, das zum Großteil aus Schulleuten be-

steht und auch der Wirtschaft, daß dort die Lehrer eine Mehrheit haben, ihren Standpunkt durchsetzen und dann in der Landesregierung genau das Gegenteil passiert. Das war natürlich doch etwas kurios und das war auch der Grund, warum man das Ganze etwas mißmutig beobachtet hat. In anderen Sektoren bin ich auch der Meinung, daß die Funktion durchwegs beratend sein muß, weil auch im Landesschulrat verschiedenste Meinungen vertreten sind. Es ist nicht so arg, wie Kollege Pahl heute vormittag vermutet hat, daß ein linkes Kesseltreiben stattfindet, im Gegenteil, ich glaube, daß das, was er die linken Lehrer nennt, eine ganz verschwindend kleine Minderheit ist.

LANGER (AS): Eine winzige radikale Minderheit!

TRIBUS (AS): Eine winzige radikale Minderheit, und daß die Mehrheiten, die im Landesschulrat zustandekommen, genauso ausgewogen sind wie sie da sind, nicht mehr und nicht weniger. Deshalb kann man nicht so tun als sei das Ganze ein unseriöser Haufen, der sich vor den Karren spannen läßt, den irgend jemand anzettelt und vorführt. Wir sind der Meinung, daß durch dieses Gesetz dem Landesschulrat eine Kompetenz abgetreten werden könnte und sollte, weil es sich tatsächlich um einen Bereich handelt, der nicht die politische Autonomie des Landesausschusses angreift, weil wir tatsächlich überzeugt sind, daß der Schulkalender in erster Linie eine Sache derer ist, die in der Schule arbeiten und die natürlich andere Kriterien anwenden als Leute, die indirekt interessiert sind, daß Verschiebungen vorgenommen werden. Ich bitte Sie also, Herr Landesrat Zelger, daß Sie dadurch der Lehrerschaft beweisen, daß es nicht unbedingt immer notwendig ist, daß man auf Streitkurs aus ist, sondern daß man auch bereit ist, Kompetenzen abzugeben. Danke!

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): Chiedo se si può discutere contemporaneamente l'emendamento che ho presentato io, perché é simile a quello presentato dai consiglieri Tribus e Langer.

PRESIDENTE: Se per Lei va bene, dó lettura anche del Suo.

Emendamento all'art. 1, punto 5), presentato dai consiglieri Barbiero e D'Ambrosio: dopo le parole "La Giunta provinciale" sostituire "sentito il parere" con le parole "conformemente al parere"; dopo le parole "Consiglio scolastico provinciale" stralciare le parole "nonché quello congiunto del Sovrintendente e degli intendenti scolastici".

Art. 1, Punkt 5: in der ersten Zeile die Worte "nach Einholen des Gutachtens", durch die Worte "gemäß dem Gutachten" ersetzen; nach den Worten "Landesschulrat" die Worte "sowie eines gemeinsamen Gutachtens des Hauptschulamtsleiters und der Schulamtsleiter" streichen.

Chi chiede la parola? Consigliere Barbiero.

BARBIERO-DE CHIRICO (PCI): Vorrei dire che questo emendamento va nella direzione di quello presentato da Langer e Tribus, perché è vero che nel loro emendamento si parla di "parere vincolante" del Consiglio provinciale e invece nel nostro si dice che la Giunta provinciale dovrebbe decidere conformemente al parere del Consiglio provinciale. In effetti se non è zuppa è pan bagnato. La sostanza è quella che abbiamo detto anche prima, cioè che noi desideriamo che non vi sia una conflittualità così forte e permanente fra Consiglio scolastico provinciale e organismi politici esecutivi. E' vero che la Giunta provinciale ha il compito di decidere e il Consiglio scolastico provinciale è un organismo consultivo; su questo non ci piove - nessuno di noi vuole fare o introdurre una confusione fra questi ruoli -, ma è vero anche che non è possibile, lo dico con molta franchezza, considerarlo, come ha fatto l'assessore Ferretti, un organismo di disturbo in fondo, poco avvezzo alle regole democratiche e capace al massimo di produrre delle plateali e improduttive sceneggiate.

L'assessore Ferretti ci ha anche proposto un concetto abbastanza curioso di democrazia e cioè ci ha detto che il Consiglio scolastico provinciale, siccome è un organo esclusivamente consultivo, faccia pure le sue proposte che tanto poi vincerà sempre la regola del più forte, e siccome a decidere è la Giunta provinciale e non il Consiglio scolastico provinciale questo si lamenti pure, ma tanto la realtà non cambia: chi vince è il più forte, la Giunta provinciale. A me sembra un'idea di democrazia completamente inaccettabile. Non voglio assolutamente proporre una confusione di ruoli o di sovrapposizione di ruoli fra Consiglio scolastico provinciale e Giunta provinciale, ma nemmeno posso accettare che si sviscerino in questo modo le funzioni e il ruolo del Consiglio scolastico provinciale.

In effetti a me sembra che la verità sia emersa con molta forza, la verità del non voler accettare emendamenti che vadano in questa direzione, e la verità è che c'è un'insofferenza molto forte per gli organi collegiali della scuola e per quel processo di democratizzazione della scuola stessa che è iniziato attorno agli anni 70. Mitolo ha chiamato il Consiglio scolastico provinciale un retaggio del 68 o un cimitero; Pahl lo descrive come un covo di eversione di sinistra; Ferretti, come dicevo prima, lo vede soprattutto come un organismo di disturbo che può anche fare delle proposte, ma tanto le faccia pure che poi a decidere siamo noi. C'è in sostanza un atteggiamento di grande insofferenza nei confronti degli organismi collegiali della scuola, che sono nati per democratizzare la scuola, che sono nati per cercare di rendere la scuola più aderente alla società, altro che provincializzazione della scuola.

Ferretti diceva che per rendere la scuola altoatesina più radicata nella nostra società bisogna provincializzarla, ma sa benissimo che non è così, di usare un'argomentazione altamente strumentale, e sa benissimo che chi ha fatto la proposta di provincializzare la scuola aveva in testa non certo il fatto di rendere la scuola più aderente a quelli che sono i bisogni e le aderenze della popolazione, ma aveva in mente qualcosa di

molto diverso e cioè di realizzare un controllo politico molto forte a livello provinciale sulla scuola e aveva anche in mente, perché questo c'era in molte teste, di sganciare la scuola altoatesina da un processo di riforma che molto faticosamente andava avanti nel nostro Paese.

Per ritornare agli emendamenti, il fatto che già gli Assessori si siano espressi sostanzialmente contro, a mio avviso dimostra che c'è una grande insofferenza verso gli organismi collegiali della scuola e che non c'è una reale volontà politica di fare in modo che vi sia una collaborazione migliore, confronto che pur nella diversità dei ruoli porterebbe sicuramente ad una scuola migliore nella nostra provincia anche se certo non voglio credere che la soluzione dei problemi della scuola altoatesina sia tutta nell'accettazione di questo emendamento. Ma mi pare che le argomentazioni adottate qui dentro sostanzialmente rivelino un'insofferenza molto forte nei confronti di tutto quello che è democrazia e viene visto come un elemento soprattutto di disturbo e non come un elemento per qualificare meglio la scuola.

MITOLO (MSI-DN): Noi voteremo contro questi emendamenti, perché il Consiglio scolastico provinciale è stato nominato in base ad una legge che ha conferito a questo Consiglio scolastico provinciale determinate competenze e determinati compiti. Tra questi non risulta il compito di vincolare la decisione della Giunta provinciale in certe materie, come in questo caso diventa la materia di fissare il calendario scolastico e tutte le altre competenze previste dalla legge. Non si può quindi chiedere ad una commissione consultiva di esprimere un parere vincolante per l'autorità politica, perché si invertono le posizioni.

A questo punto non si può più parlare di democrazia, egregia collega Barbiero, in questo caso i ruoli e i compiti di ciascun istituto: la Giunta da una parte e il Consiglio scolastico provinciale dall'altra, si invertono e non possono, secondo me, essere accettati.

Questo non vuol dire - mi spiace che non ci sia il collega Ferretti - che io sia diventato il difensore dell'autonomia e della Provincia e ne abbia esaltato in chissà quale maniera, perché dico che nella situazione che si è andata creando mi sembra logico che venga rivendicata una maggior competenza come un atto anche amministrativo, come un decentramento amministrativo, perché i nostri problemi sono ben diversi da quelli della Calabria, tanto per intenderci. Il riferimento del collega Zelger in questa materia mi sembra logico e razionale. Laggiù a settembre fa ancora caldo, mentre quassù il clima è un po' diverso; possiamo quindi sinceramente auspicare che ci sia questa elasticità e maggiore possibilità di scelte e di decisioni da parte delle autorità competenti in provincia di Bolzano.

Per tornare al nocciolo della questione, il rapporto fra Consiglio scolastico provinciale e la Giunta deve essere naturalmente basato sulla collaborazione reciproca e non sulla conflittualità, ma mantenendo ciascuno il proprio ruolo e il proprio posto: reciproco rispetto e compen-

sione, ma mai scavalco di ruoli e mai sostituzioni di competenze, perché questo non lo prevede neanche la legge dello Stato e quindi a maggior ragione non lo può prevedere questa legge che è legge che proviene dalla competenza secondaria della nostra Provincia in materia.

PRESIDENTE: Vorrei pregare i colleghi consiglieri di attenersi alla discussione degli emendamenti e non fare una nuova discussione generale. La parola al consigliere Achmüller.

ACHMÜLLER (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte mich gegen diesen Antrag aussprechen, weil ich auch der Meinung bin, daß letztlich der Landesausschuß entscheiden soll, er hat letztlich die politische Verantwortung und er soll weiterhin die Möglichkeit haben, Entscheidungen des Landesschulrates, die er für gut hält, sich auch zu eigen zu machen und solche, die er für schlecht hält, abzulehnen, sonst würden geradezu die Rollen verdreht. Wichtig ist dabei, daß man mit Fingerspitzengefühl vorgeht. Ich finde es sinnvoll, wenn man vielleicht versucht, dem Landeschulrat entgegenzukommen und recht zu lassen, wo es nicht unbedingt um Grundsätze geht, die auf dem Spiel stehen, die man für sich unaufgebbar hält. Ein Beispiel dafür wäre für mich dieser Schulanfang gewesen, aber auch der Landesrat und die Landesräte waren dieser Meinung, sie sind halt im Landesausschuß unterlegen und das sind Beispiele dafür, daß auf diese Weise böses Blut entsteht, auch im Landeschulrat, und das wäre manchmal vermeidbar. Das zum Änderungsantrag.

Ich möchte aber in diesem Zusammenhang den Antrag stellen, Herr Präsident, daß über den Absatz 5 getrennt abgestimmt wird, weil ich mich dort der Stimme enthalten möchte, und zwar weil ich nicht ganz die Auffassung des Landesrates teile, der in der Kommission den Antrag eingebracht hat, auch ein getrenntes Gutachten der Schulamtsleiter jeweils einzuholen. Ich bin der Meinung, daß die Schulamtsleiter auch im Landeschulrat vertreten sind, dort sicher ein gewichtiges Wort mitzureden haben, und bin auch der Meinung, der Schulamtsleiter, zumindest was die deutsche Volksgruppe betrifft, ist von der Landesregierung eingesetzt, es ist also ein Vertrauensverhältnis. Deswegen wird die Landesregierung ohnehin den Schulamtsleiter, wenn wichtige Entscheidungen anstehen, konsultieren. Im übrigen bin ich der Meinung, daß, wenn ein offizielles Gutachten angefordert wird, wahrscheinlich keiner der Schulamtsleiter es sich in der Regel leisten wird, ein gegenteiliges Gutachten zu vertreten wie der Landeschulrat. Deswegen frage ich mich, was es bringen soll und bin der Meinung, daß ohnehin schon bei vielen Gelegenheiten, nicht zu Unrecht auch, unterstrichen worden ist, daß wir zu viele Kommissionen haben, zu viele Gutachten eingeholt werden müssen, warum müssen wir also auch hier in diese Richtung gehen und nicht in die umgekehrte.

ZELGER (Landesrat für Schule und Kultur - SVP): Ich glaube, zu dem, was die beiden Abänderungsanträge der kommunistischen Partei und der Al-

alternativen Aussagen mit Bezug auf die Frage, ob ein Gutachten bindend sein soll oder nicht, ist alles gesagt worden. Da ist eine Replik nicht mehr notwendig. Sollten Sie jedoch meine Meinung hören wollen, so ist es für mich völlig klar, daß die Kompetenzen des Landesschulrates zur Genüge in einem eigenen Landesgesetz festgelegt sind, so daß ich absolut nicht der Meinung bin, daß ein bindendes Gutachten abgegeben werden kann. Nennen Sie mir Beispiele, wo der Landesausschuß entscheidet auf Grund von bindenden Gutachten. Wo gibt es so etwas überhaupt? Ich bin ziemlich einige Zeit in der Landesregierung, aber ich kann mich nicht erinnern, daß es bindende Gutachten für die Landesregierung gibt, wenn sie entscheidet. Entweder es entscheidet ein anderes Gremium - und das ist ganz etwas anderes - oder es entscheidet der Landesausschuß, ohne bindende Gutachten. Ich kenne es zumindestens nicht anders.

Auch ist gesagt worden, vom Kollegen Tribus glaube ich, das Gremium Landesschulrat sei zusammengesetzt zu mehr als der Hälfte aus Lehrern. Das stimmt nicht ganz. Das Verhältnis ist 50 zu 50, aber das hat nichts zur Sache. Tatsache ist, daß man aber auch dem Landesausschuß zubilligen muß, daß er imstande ist, in seiner Zusammensetzung so zu entscheiden, wie er die verschiedenen Gesichtspunkte sieht. Ich gestehe gerne, daß der Landesschulrat sicher auch imstande ist, ein Gutachten abzugeben, und zwar ein ausgewogenes Gutachten, ein objektives Gutachten. Deshalb darf es aber doch nicht soweit kommen, daß deshalb, weil der Landesschulrat imstande ist, ein gutes Gutachten abzugeben, daß dieses Gutachten dann bindend sein muß. Da fehlt es an Logik. Da kann ich nicht einverstanden sein, weder mit dem was Tribus und Langer vorschlagen, noch zu dem meine Zustimmung geben, was Barbiero und D'Ambrosio vorgeschlagen haben, was im Grunde genommen, wie Frau Barbiero selber gesagt hat, mehr oder weniger dasselbe ist, nur anders formuliert.

Was nun aber das Verhältnis Landesschulrat-Landesausschuß angeht, da habe ich schon in meiner Replik einiges ausgesagt. Aber meine Worte haben anscheinend nicht Gehör gefunden. Ich bin auch der Meinung, daß derzeit verschiedene Mißverständnisse zwischen Landesschulrat und dem Landesausschuß bzw. den drei Assessoren bestehen. Das gebe ich zu. Die Gründe sind aber nicht dieses Gesetz, sondern die Gründe gehen viel weiter zurück. Der Landesschulrat hat viele Jahre tadellos funktioniert, nicht mehr zu funktionieren begann er in dieser Legislaturperiode. Mißverständnisse usw. hat es auch in früheren Legislaturperioden gegeben, das gebe ich ohne weiteres zu, aber nicht in dem Ausmaß, wie sie jetzt auftauchen. Wenn Sie es genau wissen wollen, Herr Kollege Tribus weiß es genau, wo die Wurzel der Schwierigkeit liegt, dann ist es der Art. 41 der Geschäftsordnung, die der Landesschulrat sich selbst gegeben hat, wo die Meinungsverschiedenheit zwischen Landesschulrat und den drei Landesräten so wichtig begonnen haben. Der Landesschulrat war und ist nämlich der Meinung, jedes Mitglied des Landesschulrates könne an die einzelnen Assessoren Anfragen verschiedenster Art - schon im Schulbereich - stellen und die Assessoren müßten sie beantworten. Dieser Meinung sind wir Lan-

desräte eben nicht, daß wir solche Anfragen zu beantworten hätten. Die einzelnen Mitglieder sollten ihre Anfragen an den Präsidenten des Landesschulrates richten. Daß wir uns hier je verständigen würden, wird schwierig sein. So sind Anfragen dieser und jener Art an meine Person gerichtet worden. So z.B.: "Ich habe in den "Dolomiten" gelesen, Sie hätten das und jenes gesagt, bitte rechtfertigen Sie sich im Landesschulrat"; oder "Sie haben im Landtag das und jenes erklärt, bitte erläutern Sie es und rechtfertigen Sie sich usw." Soweit darf es wirklich nicht gehen, daß die Landesräte und auch die Schulamtsleiter, wie es in der Geschäftsordnung steht, Antwort geben müssen auf Anfragen, die wohl im Bereich der Schule kommen, nicht aber - wie im Landtag - zur Debatte gestellt werden können. Da beginnt das ganze Übel! Aber ich bin wirklich überzeugt und werde mich auch dafür verwenden, daß das Klima zwischen Landesschulrat und Landesausschuß besser wird. Gewisse Leute im Landesschulrat müßten aber auch ein bißchen Rason annehmen.

Ein Letztes, weil es auch schon hier angesprochen wurde: die Schulamtsleiter mit ihrem eigenen Gutachten sollten wieder heraus aus der Vorlage; nachdem die Kommission sie hineingegeben hatte, sollten sie jetzt wieder heraus. Ich bin nicht dieser Meinung, denn ich bin der Auffassung, das Gutachten der Schulamtsleiter soll gehört werden. Warum? Weil es, zumindestens jetzt und oft schon so gewesen ist, daß die Stimme, welche die Schulamtsleiter im Landesschulrat erhoben haben, überhaupt nicht gehört worden ist, sondern wurden sie fast stets weitgehend überstimmt. In demokratischer Hinsicht ist dies sicher in Ordnung, aber ich glaube, daß unsere Schulamtsleiter schon eine Position haben sollten, die ihnen die Möglichkeit gibt, auch ein ausgewogenes Gutachten abzugeben. Ich halte nichts von versteckten Gutachten, die man sicher privat einholen kann, um dann im Sinne der Schulamtsleiter im Landesausschuß zu entscheiden. Davon halte ich nichts. Ich halte viel mehr davon, daß auch der Landesschulrat wissen soll, daß die Schulamtsleiter die Möglichkeit haben, ein gemeinsames Gutachten abzugeben. Das ist viel fairer, als hintenherum die Meinung einholen. Und schließlich: wir haben so lange gekämpft um einen deutschen Schulamtsleiter und haben ihn bekommen, wie er auch vom Landesausschuß ernannt wird - deshalb, so meine ich, sollten wir diese Schlüsselpersonlichkeit auch entsprechend aufwerten. Er soll die Möglichkeit haben, unabhängig von dem, was er im Landesschulrat sagt, auch dem Landesausschuß gegenüber direkt seine Meinung zu sagen, weshalb ich darauf bestehe, daß dieser Abänderungsantrag nicht angenommen wird.

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Voglio solo dire che sono contrario all'emendamento per i motivi che ho detto prima, ma forse debbo una spiegazione del perché mi sono assentato a quest'ora altrimenti, dopo quello che ho detto, parrebbe che mi disinteressassi.

MITOLO (MSI-DN): Per sentire il Consiglio scolastico provinciale!

FERRETTI (Assessore al commercio, assistenza pubblica e cultura - DC): Proprio così! Lo sapete e quindi é meglio così. Ci siamo accordati con il collega Valentin e il collega Zelger, affinché il collega Zelger rimanga, mentre noi siamo di lá con i Presidenti del Consiglio scolastico provinciale. Questa informazione mi pareva doverosa darla per non parere che ci disinteressiamo mentre abbiamo fatto le affermazioni che abbiamo fatto.

PRESIDENTE: Consigliere Langer, Lei ha diritto alla replica, se rinuncia metto in votazione l'emendamento, altrimenti chiudo la seduta. Non rinuncia; va bene.

La seduta é tolta.

ORE 18.00 UHR

S E D U T A 143. S I T Z U N G

15.10.1986

Sono intervenuti i seguenti Consiglieri:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

Frasnelli (3,26)
Mitolo (3,28,61)
Langer (8)
Kaserer (12)
Achmüller (14,62)
Klotz (16)
Barbiero-De Chirico (18,59,60)
Gebert-Deeg (22)
Pahl (24)
D'Ambrosio (32)
Ferretti (36,64)
Zelger (47,62)
Tribus (58).